

GI Aktuell

BFH-Grundsatzurteil: Kosten für Pflege des Kontaktes zu Kind aus geschiedener Ehe steuerlich nicht absetzbar

Eltern, deren Kind z. B. nach Scheidung oder bei Getrenntleben bei dem anderen Elternteil wohnt, erhielten bis 1989 nach dem damaligen § 33a Absatz 1a Einkommensteuergesetzes unter bestimmten Voraussetzungen neben dem halben Kinderfreibetrag einen weiteren Freibetrag für ihre Aufwendungen zur Pflege des Eltern-Kind-Verhältnisses. Dieser sog. Kontaktpflege-Freibetrag ist durch das Steuerreformgesetz 1990 abgeschafft worden.

Mit Urt.v. 28. 3. 1996 III R 208/94 hat der Bundesfinanzhof entschieden, daß den betroffenen Eltern von Verfassungen wegen kein besonderer Freibetrag für ihre Kontaktpflege-Aufwendungen eingeräumt werden muß. Sie können ihre Aufwendungen auch nicht einzeln nachweisen und nach § 33 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes als außergewöhnliche Belastung steuermindernd geltend machen. Der Bundesfinanzhof ist der Auffassung, solche Aufwendungen seien gegebenenfalls durch den Kinderfreibetrag und das Kindergeld abgegolten. Das Urteil wird in Kürze amtlich veröffentlicht werden.

(Bundesfinanzhof, Pressemitteilung Nr. 18. v. 12. 9. 1996)

Steuerberater: EU will Wettbewerb

Die EU-Kommission macht Druck auf die Bundesregierung, den Markt der Steuerberater stärker für ausländische Dienstleister zu öffnen. Wenn Bonn nicht bald das rigide Steuerberatungsgesetz ändert, will Brüssel vor den EU-Gerichtshof ziehen. Hintergrund der Streitigkeiten: Ein Aachener Finanzamt hat die Steuererklärung eines holländisch-deutschen Pendlers zurückgewiesen – weil sie von einem niederländischen Steuerberaterbüro gefertigt worden war. Der Brüsseler Vorstoß könnte einen wahren

Dammbruch bewirken: Denn dürfen Ausländer ohne Beraterprüfung in Deutschland Steuererklärungen erstellen, steht der milliarden-schwere Buchhaltungsmarkt auch inländischen Anbietern offen – notfalls über ein Büro im Ausland.

(impulse 10/96, S. 20)

GI Leitsätze

Büroorganisation / Diktatfehler / Prüfung diktierter Texte

Ein Rechtsanwalt, der den Text und die Anschrift eines Rechtsmittelauftrages an einen anderen Rechtsanwalt diktiert und durch sein Schreibpersonal übertragen läßt, muß den diktierten Text einschließlich der Anschrift auf Diktat- oder Übertragungsfehler überprüfen.

(BGH, Beschl.v. 12. 10. 1995 – VII ZB 14/95)

Konkursverwalter / Haftung für Umsatzsteuer

Verwertet der Konkursverwalter im Auftrag des Sicherungsnehmers in einem masselosen Konkursverfahren Sicherungsgut, so haftet er nicht für die dabei angefallene nicht an das FA abgeführte Umsatzsteuer, wenn er sie aufgrund der Sicherungsabrede, die ihn zur Abführung des Bruttoerlöses an den Sicherungsnehmer verpflichtete, an diesen abgeführt hat.

(BFH, Urt.v. 19. 12. 1995 – VII R 53/95 – BFH/NV 1996, 522)

Fristenkontrolle / Inhalt des Postausgangsbuchs / Fristen- kontrollbuch

Die anwaltliche Versicherung der fristgerechten Absendung einer Rechtsmittelschrift genügt zur Glaubhaftmachung seines Vortrages nicht, wenn daneben lediglich eine Fotokopie der Eintragung im Postausgangsbuch vorgelegt wird. (Beschl.v. 31. 1. 1996 – VIII B 102 - 103/94, VIII R 30 - 31/94 – BFH/NV 1996, 566)

Steuerberaterhaftung

- Beratungspflichten
- Änderung der Rechtsform
- Vorteile der GmbH?

(OLG Düsseldorf, SchlußBurt. v. 12. 10. 1995
- 13 U 152/93)

Leitsätze (d. Red.):

1. Eine Beratung zur Unternehmensform hat nicht nur die steuerlichen Belastungen, sondern auch alle wirtschaftlich meßbaren Vor- und Nachteile zu berücksichtigen. (vgl. OLG Celle GI 1989, 203)

2. Zu den Vor- und Nachteilen der Umwandlung eines handwerklich betriebenen Unternehmens in eine GmbH.

Aus den Gründen:

Die Berufung des Klägers bleibt auch insoweit ohne Erfolg, als er den Beklagten auf Schadenersatz in Höhe von 49.359 DM in Anspruch nimmt. Zur Begründung trägt der Kläger in beiden Instanzen vor, der Beklagte habe es in seiner Eigenschaft als Steuerberater unterlassen, ihn – den Kläger – auf die steuerlichen Vorteile einer Umwandlung des in den Jahren von 1984 bis 1988 geführten Betriebes eines orthopädischen Schuhmachermeisters in die Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) hinzuweisen.

Nach dem Ergebnis der in der Berufungsinstanz durchgeführten Beweisaufnahme ist nicht festzustellen, daß der Beklagte die ihm obliegenden Hinweis- und Beratungspflichten verletzt und hierdurch dem Kläger den geltend gemachten Schaden zugefügt hat. **Ob eine allgemeine Pflicht des Steuerberaters besteht, ungefragt eine Änderung der Rechtsform eines Unternehmens vorzuschlagen, ist bereits zweifelhaft** (Gräfe, *Steuerberaterhaftung*, 2. Aufl., S. 100).

Andererseits gehört es zu den Pflichten eines Steuerberaters, den Mandanten über steuerliche Bedenken gegen eine geplante Vertragsregelung zu beraten und ihn über andere zivilrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten mit ge-

ringerer steuerlicher Belastung aufzuklären (Hoppmann, *Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters*, *Der Steuerberater* 1993, 405, 407). Einen konkreten Anlaß, die Frage der Umwandlung des handwerklich geführten Betriebes in eine Kapitalgesellschaft zu prüfen, hatte der Beklagte insoweit, als er auch nach seiner Darstellung mit dem Kläger im Jahre 1984 ein Gespräch darüber geführt hat, welche steuerlichen Vorteile die Gründung einer GmbH mit sich bringen könnte. Insbesondere war dem Beklagten bewußt, daß die Fortführung des Betriebes in der Rechtsform einer GmbH zu einer Ersparnis bei der Gewerbesteuer führen würde. Gleichwohl hat der Beklagte seine Beratungspflicht nicht verletzt, wenn er davon abgesehen hat, in der Folgezeit bis zur Beendigung des Steuerberatervertrages im Jahre 1988 dem Kläger die Umwandlung des Betriebes in eine GmbH zu empfehlen. Denn nach dem Gutachten des Sachverständigen vom 7. 1. 1995 mit Ergänzung vom 20. 4. 1995 ist unter Berücksichtigung der steuerlichen Fachliteratur und der Beratungspraxis kein Fehler darin zu erkennen, daß der Beklagte dem Kläger nicht die Gründung einer GmbH empfohlen hat. In diesem Zusammenhang ist vorab darauf hinzuweisen, daß die Frage, ob **der Steuerberater dem Mandanten eine andere Unternehmensform vorschlagen soll, nicht nur anhand eines Vergleichs der steuerlichen Belastung, sondern auch unter Darstellung aller wirtschaftlich meßbaren Vor- und Nachteile zu entscheiden ist** (OLG Celle, *Urt. v. 19. 4. 1989 – GI 1989, 203*). **Einen Vorteil bei der Wahl der GmbH** als Form des Unternehmens sieht der Sachverständige in der Abzugsfähigkeit der Bezüge von Gesellschafter-Geschäftsführern bei der Bemessung der Gewerbesteuer. Auf diese Weise kann bei Unternehmen, bei denen die Gesellschafter als Geschäftsführer oder als sonstige Angestellte tätig sind, eine Gewerbesteuerersparnis erzielt werden. Der Sachverständige weist jedoch darauf hin, daß der für Einzelfirmen und Personengesellschaften bestehende Gewerbesteuerfreibetrag von jährlich 36.000 DM bei der Gründung einer GmbH entfällt.

Weiterhin warnt der Sachverständige davor, die Wahl der Rechtsform eines Unternehmens allein unter steuerlichen Gesichtspunkten zu entscheiden und betont die über-

wiegende Bedeutung betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte. Als Nachteile, die sich aus der Umwandlung des Unternehmens in eine GmbH ergeben können, nennt der Sachverständige beispielsweise den Gründungsaufwand, die Notwendigkeit der Erhaltung des Stammkapitals oder die Konkursantragspflicht im Falle der Überschuldung der Gesellschaft. Hierzu merkt der Sachverständige an, **daß nach den für die Jahre 1988 und 1989 vorliegenden Bilanzen des Klägers in den betreffenden Jahren eine formelle Überschuldung bestanden hat**, was im Falle einer GmbH zur Konkursantragspflicht geführt hätte. Als **weitere Nachteile außerhalb des Steuerrechts wertet der Sachverständige die für die GmbH geltenden strengen Anforderungen hinsichtlich des Bilanzrechts und der Publizität und den erhöhten Beratungsbedarf in rechtlichen und steuerlichen Fragen.** Bei der Anhörung im Termin am 14.9.1995 ist der Sachverständige bei seiner Wertung verblieben, daß angesichts der individuellen Verhältnisse des vom Kläger in den Jahren 1984 bis 1988 geführten Unternehmens – insbesondere auch nach Prüfung der vorgelegten Bilanzen – eine Empfehlung des Beklagten, das handwerklich betriebene Unternehmen in eine GmbH umzuwandeln, nicht geboten war. Dem Beklagten ist somit keine Verletzung der dem Kläger gegenüberstehenden Beratungspflicht anzulasten.

Steuerberaterhaftung

- verdeckte Gewinnausschüttungen
 - Geschäftsführergehalt
 - Gewerbesteuerschaden?
- (OLG Hamm, Urt. v. 25. 11. 1994 – 25 U 205/93)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Steuerberater hat bei der Bilanz-erstellung darauf zu achten, daß keine Rückstellungen gebildet werden, die vom Finanzamt nicht anerkannt werden und im Falle der Auszahlung als Gewinnausschüttung behandelt werden.

2. Der Mehrbelastung an Gewerbesteuer steht ein Zinsgewinn aufgrund der später nicht anerkannten Rückstellungen gegenüber.

3. Der Steuerberater ist nicht verpflichtet, auf jede denkbare steuersparende Alternativgestaltung hinzuweisen, wenn eine solche nicht bereits konkret ins Auge gefaßt worden ist.

4. Die Verdoppelung des Geschäftsführergehaltes führt zwangsläufig zu einem Kapitalabfluß aus der GmbH, der deutlich höher ist als der entsprechende Steuervorteil bei der Gewerbesteuer.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt den Beklagten wegen angeblich fehlerhafter steuerlicher Beratung in Anspruch.

Der Zeuge U. gründete im Jahre 1972 die Rechtsvorgängerin der Klägerin, die U. GmbH & Co. KG, welche ein Unternehmen für Gebäudereinigung betrieb. Einzige persönlich haftende Gesellschafterin der KG mit einem Kapitalanteil von 20.000,00 DM war die U. Glas- und Gebäudereinigung GmbH. Kommanditisten waren der Zeuge U. mit einer Kommanditeinlage von 91.800,00 DM sowie sein Sohn, der jetzige Geschäftsführer der Klägerin R. U., mit einer Kommanditeinlage in Höhe von 88.200,00 DM. An der Komplementär-GmbH waren die Herren U. mit Stammeinlagen von 10.200,00 DM und 9.800,00 DM beteiligt; beide Gesellschafter waren zugleich deren alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführer.

Im Jahre 1982 wurde das Unternehmen in eine GmbH – nämlich die Klägerin – umgewandelt, wobei Gesellschafter dieser GmbH der jetzige Geschäftsführer der Klägerin, Herr R. U. zu 60 % und sein Vater, der Zeuge K. U., zu 40 % werden sollten. Im Vorstadium der Umwandlung wurden die Gesellschafter von dem Beklagten, der auch in der Folgezeit die steuerlichen Belange der Klägerin wahrnahm, steuerlich beraten. Mit den beiden Geschäftsführern wurden mit Wirkung ab dem 1.7.1982 Anstellungsverträge geschlossen. Danach sollte Herr K. U. ein Gehalt von brutto 7.500,00 DM pro Monat zuzüglich je eines Bruttomonatsgehaltes als Weihnachts-

bzw. Urlaubsgeld erhalten, ferner eine Pensionszusage in folgender Ausgestaltung: Bei Ausscheiden aus Alters- oder Krankheitsgründen erhält der Geschäftsführer eine Pension von 75 % des letzten Bruttogehaltes, seine Witwe erhält hiervon 60 %. Auf den Anstellungsvertrag vom 1. 6. 1982, insbesondere § 10 des Vertrages, wird im übrigen Bezug genommen. – Herr R. U. erhielt ein Gehalt von monatlich brutto 15.000,00 DM zuzüglich eines Monatsbruttogehaltes als Weihnachts- bzw. Urlaubsgeld, ferner gleichfalls eine Pensionszusage von 75 % des letzten Bruttogehaltes bzw. von 60 % für seine Witwe. Dabei ging man im Zuge der Vorgespräche davon aus, daß der damals 71 Jahre alte Zeuge K. U. sich mit dem 75. Lebensjahr aus der Geschäftsführung der GmbH zurückziehen sollte. Desweiteren sollte der Umfang seiner Geschäftsführertätigkeit geringer sein als die seines Sohnes. Für die Zahlung der Pension sollte die Klägerin entsprechende Rückstellungen bilden. Dabei ist zwischen den Parteien umstritten, ob der Beklagte im Rahmen seiner Beratung darauf hingewiesen hat, daß die Zahlung der Pension vom Finanzamt als verdeckte Gewinnausschüttung gewertet werden könnte und, daß bei der dann folgenden Auflösung der Rückstellungen auf die Klägerin erhebliche Steuernachzahlungen zukommen würden.

In den Jahren 1982 bis 1986 wurden aufgrund der Pensionszusagen von seiten der Klägerin Rückstellungen gebildet und bilanziert. Für das Jahr 1988 wurde von der Klägerin an K. U. eine Pension von 83.957,00 DM gezahlt. Im Jahre 1990 erfolgte durch das Finanzamt E. eine Betriebsprüfung für die Besteuerungszeiträume 1986 bis 1988. Im Rahmen dieser Betriebsprüfung wurde der Pensionszusage gegenüber K. U. die steuerliche Anerkennung versagt. Die Rückstellungen wurden dementsprechend aufgelöst und die Zahlung der Pension als Gewinnausschüttung behandelt. Dies führte dazu, daß sich der steuerliche Gewinn für das Kalenderjahr 1986 um 475.209,00 DM erhöhte. Basierend auf der steuerrechtlichen Nichtanerkennung der gebildeten Pensionsrückstellung wurde die im Jahre 1988 an K. U. geleisteten Pensionszahlungen von der Finanzverwaltung als Gewinnausschüttung behandelt. – Im Jahre 1990 wurde der Gesellschaftsvertrag dahingehend abgeändert, daß der Zeuge K. U. eine Vor-

abausschüttung von monatlich 4.000,00 DM erhalten sollte, wovon nach Abzug der Körperschafts- und der Kapitalertragssteuer insgesamt 1.920,00 DM monatlich netto ausgezahlt wurden.

Die Klägerin hat behauptet: Der Beklagte habe bei der Beratung im Zusammenhang mit der Umwandlung der KG in eine GmbH nicht darauf hingewiesen, daß die Rückstellungend für die Pension und die Zahlung der Pension an den Zeugen K. U. als verdeckte Gewinnausschüttung gewertet werden könnten und, daß bei Auflösung der entsprechenden Rückstellungen die Klägerin erhebliche Steuernachzahlungen zu leisten habe. Auf die Alternativmöglichkeit der Zahlung eines Geschäftsführergehaltes von monatlich 15.000,00 DM an den Zeugen K. U. sei der Beklagte überhaupt nicht eingegangen. Eine solche Gestaltung wäre durchaus vom Finanzamt anerkannt worden. Wäre der Klägerin das Risiko bekannt gewesen und wäre sie über die steuerlich günstigere Alternative eines höheren Geschäftsführergehaltes informiert gewesen, hätte sie die vorgenommene Gestaltung abgelehnt und auf die Alternativmöglichkeit zurückgegriffen. Da die steuerliche Bewertung der Pensionszusage an deren zivilrechtlicher Wirksamkeit nichts geändert habe, sei die Klägerin gegenüber dem Zeugen K. U. zur Zahlung verpflichtet gewesen. Handelsrechtlich habe sie diese Zahlungen bilanziell zu berücksichtigen gehabt und habe dadurch eine Steuer-mehrbelastung von 7.392,00 DM gehabt. Ferner sei noch eine zusätzliche Körperschaftssteuer-mehrbelastung von 25.249,00 DM anzusetzen, da die verdeckte Gewinnausschüttung zunächst als tesaurierter Gewinn behandelt werden und mit 56 % versteuert werden müsse. – Die Alternativgestaltung, nämlich ein Geschäftsführergehalt von 15.000,00 DM für den Zeugen K. U., hätte demgegenüber zu einer steuerlichen Entlastung in Höhe von 126.523,00 DM an Gewerbesteuer sowie 181.249,00 DM an Körperschaftssteuer für die Jahre 1982 bis 1987 geführt. Für die Jahre 1986 und 1987 wäre durch die Alternativgestaltung eine zusätzliche steuerliche Entlastung von 44.625,00 DM Gewerbesteuer und 59.535,00 DM Körperschaftssteuer erreicht worden, so daß sich der Schaden der Klägerin insgesamt auf 672.988,00 DM belaufe.

Der Beklagte hat behauptet, er habe im Rahmen der Vorgespräche durchaus darauf hingewiesen, daß angesichts des Alters des Zeugen K.U. und des beabsichtigten Umfangs seiner Geschäftsführertätigkeit ein monatliches Gehalt von 7.500,00 DM schon verhältnismäßig hoch sei und, daß insoweit das Problem der verdeckten Gewinnausschüttung auftreten könne.

Aus diesem Grunde habe das Gespräch über ein höheres Gehalt nicht vertieft zu werden brauchen. Die Herren U. hätten ausdrücklich gewünscht, daß auch für den Zeugen K. U. eine Altersabsicherung begründet werden sollte, obgleich er, der Beklagte, ausdrücklich darauf hingewiesen habe, daß die Pensionszusage angesichts des Alters des Zeugen vom Finanzamt voraussichtlich nicht anerkannt werde. Dennoch hätten die Herren U. gewünscht, daß ungeachtet dieses Risikos eine Pensionsrückstellung gebildet werden solle, um dann zu sehen, wie das Finanzamt oder der Betriebsprüfer reagieren würde. – Im übrigen habe die Klägerin aufgrund der ab 1982 gebildeten Pensionsrückstellungen in Höhe von insgesamt 475.209,00 DM in den Jahren 1982, als noch kein verwendbares Eigenkapital vorgelegen habe, bis zum Jahre 1985 84.112,00 DM Gewerbesteuer und 219.015,00 DM Körperschaftsteuer erspart. Dies müsse berücksichtigt werden, da sich die Betriebsprüfung – unstreitig – nur auf den Zeitraum ab 1986 bezogen habe, so daß auch nur die Rückstellung ab 1986 aufgelöst worden sei. – Demgegenüber wäre auch die Vereinbarung eines Gehaltes von 15.000,00 DM für den Zeugen K. U. vom Finanzamt nicht akzeptiert worden und wäre gleichfalls als verdeckte Gewinnausschüttung bewertet worden, was zu erheblichen steuerlichen Nachteilen bei der Klägerin bereits im Jahre 1982 geführt hätte. Darüber hinaus habe die Klägerin die Aufwendungen für das höhere Geschäftsführergehalt an Herrn K. U. erspart, was immerhin pro Jahr 105.000,00 DM (= 14 x 7.500,00 DM) ausgemacht hätte. Die Klägerin hätte daher in der Gesamtzeit von 6 Jahren an den Zeugen K. U. Zahlungen in Höhe von 630.000,00 DM erbringen müssen.

Es komme hinzu, daß mit der Zahlung eines derartigen höheren Geschäftsführergehaltes Liquidität aus der Gesellschaft abgefließen wäre und auch insoweit Zinsnachteile eingetreten wären,

welche die Klägerin erspart habe. Schließlich müsse sich die Klägerin auch die in der privaten Vermögenssituation der Gesellschafter eingetretenen Vorteile anrechnen lassen, so daß die beim Gesellschafter K. U. anrechenbare Körperschaftsteuer auf die verdeckte Gewinnausschüttung durch die Anrechnung im Rahmen der Einkommensteuer als Vorteil den Schaden der Klägerin mindere. So betrage die Ausschüttungsbelastung für die im Jahre 1989 vorgenommene Pensionszahlung 25.249,00 DM. Über diesen Betrag habe der Zeuge K. U. eine Gutschrift auf seine Einkommensteuer erhalten, auf die er jedoch keinen Anspruch gehabt habe, da laut Vereinbarung nur eine Bruttozahlung in Höhe von 83.947,00 DM erfolgen solle. Damit liege eine ungerechtfertigte Bereicherung des Zeugen K. U. auf Kosten der Gesellschaft vor. – Der Beklagte hat weiterhin die Einrede der Verjährung erhoben. Er hat dazu die Auffassung vertreten, daß der Zeitpunkt der Außenprüfung für die Entstehung des Schadens und für den Verjährungsbeginn unerheblich sei, wenn ein außerhalb des Prüfungszeitraumes begangener Fehler lediglich aufgedeckt werde. Wenn überhaupt ein Beratungsfehler vorgelegen habe, so sei dieser nämlich bereits im Jahre 1982 erfolgt.

Aus den Gründen:

Die Berufung des Beklagten ist zulässig und auch begründet.

Die Klage ist unbegründet.

Die Klägerin hat gegen den Beklagten keinen Schadenersatzanspruch aus dem Gesichtspunkt der positiven Verletzung des Beratervertrages, da, soweit überhaupt dem Grunde nach eine Pflichtverletzung festzustellen wäre, es jedenfalls an einem Schaden fehlt. Eine Pflichtverletzung des Beklagten kann allerdings insoweit festgestellt werden, als dieser nicht darauf hingewiesen hat, daß die vereinbarte Pensionsrückstellung möglicherweise steuerlich nicht anerkannt wird. Daß dies nicht geschehen ist, folgt aus den erstinstanzlichen Angaben des Zeugen K. U. sowie des Geschäftsführers der Klägerin als Partei, wogegen die Berufungsbegründung keine substantiierten Einwendungen vorgebracht hat. **Es gehört grundsätzlich zu den Pflichten eines Steuer-**

beraters, darauf zu achten, daß keine Rückstellungen gebildet werden, die vom Finanzamt später nicht anerkannt werden und im Falle der Auszahlung als Gewinnausschüttung behandelt werden (BGHNJW 1982, 1516, 1517). Im vorliegenden Fall lag es nahe, daß die für den Zeugen K.U. angesichts des Alters des Zeugen von damals bereits 71 Jahren gebildete Pensionsrückstellung vom Finanzamt nicht anerkannt würde, da es unter Fremden nicht üblich ist, Mitarbeitern dieses Alters noch Pensionszusagen zu machen, welche durch eine entsprechende Leistung für die Gesellschaft nicht mehr hätten verdient werden können.

Letztlich ist der Klägerin hierdurch jedoch **kein Schaden entstanden**. Wie sich nämlich aufgrund des Gutachtens des Sachverständigen F. ergibt, **hat die spätere Auflösung der Rückstellung nur zu einer Mehrbelastung hinsichtlich der Gewerbesteuer in Höhe von 8.512,00 DM geführt**, die lediglich auf der Differenz der unterschiedlichen Gewerbesteuer-Hebesätze in den Jahren der Bildung der Rückstellung einerseits und im Jahr ihrer Auflösung andererseits beruhte. Diese geringfügige Mehrbelastung bei der Gewerbesteuer wird jedoch zum einen **kompensiert durch die Entlastung bei der Körperschaftssteuer, welche vom Sachverständigen mit 1.120,00 DM errechnet worden ist, sowie vor allem durch die Zinsgewinne, welche die Klägerin in den Jahren 1982 bis 1986 aufgrund der Rückstellungen erwirtschaftet hat**. Letztere übersteigen in jedem Falle, selbst wenn man von einer nur niedrigen Verzinsung ausgehen würde, den vorbezeichneten Gewerbesteuerschaden. Soweit die Klägerin dem Beklagten darüber hinaus vorwirft, er habe sie nicht auf eine mögliche Alternativgestaltung in Form einer Erhöhung des Geschäftsführergehaltes des Zeugen K.U. auf 15.000,00 DM hingewiesen, ist eine Pflichtverletzung bereits dem Grunde nach zweifelhaft.

Nach Auffassung des Senates ist der Steuerberater nicht verpflichtet, auf jede irgendwie denkbare steuersparende Alternativgestaltung hinzuweisen, wenn eine solche nicht bereits konkret ins Auge gefaßt worden ist. Dafür, daß ein Geschäftsführergehalt in Höhe von 15.000,00 DM für den Zeugen K.U. damals ernstlich im Gespräch war, ergeben sich weder aus der erstinstanzlichen Aussage des Zeugen

noch aus den Angaben des Geschäftsführers der Klägerin als Partei irgendwelche Anhaltspunkte. Immerhin hätte die Vereinbarung eines derart hohen Geschäftsführergehaltes zu einer entsprechenden **Erhöhung der Betriebsausgaben** und dementsprechend zu einem **erheblichen Abfluß von Betriebskapital** geführt, wenn, was hierbei zu unterstellen ist, die Vereinbarung tatsächlich durchgeführt worden wäre.

Dem hätte als **realer steuerlicher Vorteil nur die Ersparnis an Gewerbesteuer** entsprechend den Berechnungen des Sachverständigen F. gegenübergestanden, während bei der Körperschaftssteuer ein tatsächlicher Vorteil für die klagende GmbH ohnehin nicht eingetreten wäre. Zwar wäre die GmbH bei der Alternativgestaltung aufgrund der niedrigeren Gewinne mit einer entsprechenden nominell niedrigeren Körperschaftssteuer belastet worden. Aufgrund des **körperschaftssteuerlichen Anrechnungsverfahrens wäre diese Entlastung bei der Körperschaftssteuer jedoch letztlich nicht der GmbH zugute gekommen, sondern dem Anteilseigner, bei dem es andererseits aber wiederum zu einer entsprechend niedrigeren Anrechnung auf dessen persönliche Einkommensteuer gekommen wäre** (vgl. dazu Streck, KStG, 3. Aufl., Beratungs-ABC, Stichwort „Anrechnungsverfahren“ sowie GmbHR 1987, 104 ff.; Schmidt, EStG, 13. Aufl., § 20 Anm. 10 ff.; Knobbe-Keuk, Bilanz- und Unternehmenssteuerrecht, 7. Aufl., § 18 I; Lempenau BB 1977, 1209, 1212; Jonas GmbHR 1987, 233 ff.; Späth, StB 1992, 259, 260; Gräfe/Lenzen/Rainer, Steuerberaterhaftung, Rdn. 565).

Letztlich bedeutet, was auch vom Sachverständigen F. bei seiner Anhörung vor dem Senat bestätigt worden ist, die **Körperschaftssteuer** aufgrund des Anrechnungsverfahrens bei der GmbH nichts weiter als ein **Durchlaufposten und eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer des anrechnungsberechtigten Anteilseigners**, so daß aufgrund der Alternativgestaltung reale körperschaftssteuerliche Vorteile weder für die GmbH noch für die Anteilseigner zu erwarten gewesen wären.

Desweiteren ist im Rahmen der Frage einer Pflichtverletzung auch zu berücksichtigen, daß die angebliche Alternativgestaltung eines verdoppelten Geschäftsführergehaltes für den Zeugen K.U. hinsichtlich ihrer steuerlichen

Anerkennungsfähigkeit gleichfalls nicht unbedenklich gewesen wäre. Zwar kommt der Sachverständige F. in seinem Gutachten aufgrund einer ex post-Betrachtung zu dem Ergebnis, daß eine derartige Gestaltung steuerlich hätte anerkannt werden können. Der Senat hat jedoch Zweifel, ob ein Gehalt in dieser Höhe für den damals immerhin bereits 71-jährigen Zeugen K.U. dem notwendigen externen und internen Betriebsvergleich tatsächlich standgehalten hätte (vgl. dazu Streck a.a.O., § 8, Rdn. 150, Stichwort „Dienstverhältnis“, Ziff. 4; Näser, GmbHR 1985, 253; Tänzer, GmbHR 1986, 255).

Dagegen, daß die Vereinbarung eines Geschäftsführergehaltes von 15.000,00 DM dem innerbetrieblichen Vergleich standgehalten hätte, spricht insbesondere der Umstand, daß nach den getroffenen Vereinbarungen der jetzige Geschäftsführer der Klägerin R.U. zu 60 % und der Zeuge K.U. dagegen nur zu 40 % an der Klägerin beteiligt waren. Es spricht einiges dafür, daß vom Finanzamt allenfalls ein Gehalt des Zeugen K.U. anerkannt worden wäre, welches diesem Beteiligungsverhältnis entsprochen hätte; das wären aber nur 10.000,00 DM monatlich gewesen. Zumindest wäre die **steuerliche Anerkennung eines doppelten Geschäftsführergehaltes aus damaliger Sicht zweifelhaft gewesen** und hätte, wenn überhaupt, möglicherweise erst in einem lange dauernden Rechtsstreit mit dem Finanzamt durchgesetzt werden können. **Daß hierüber zuverlässige Auskünfte des Finanzamtes zu erzielen gewesen wären, ist vom Beklagten ausdrücklich bestritten und von der Klägerin auch nicht substantiiert behauptet worden.**

Wäre das höhere Gehalt steuerrechtlich letztlich nicht anerkannt worden, so hätte dies, worauf der Beklagte zutreffend hinweist, dazu führen können, daß in erheblichem Umfang zusätzliche Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer hätten nachgezahlt werden müssen, wozu das verwendbare Eigenkapital möglicherweise nicht mehr ausgereicht hätte. Unterstellt man, daß es zu den Beratungspflichten des Beklagten gehört hätte, auf die Möglichkeit der Vereinbarung eines doppelten Geschäftsführergehaltes hinzuweisen, so hätte er jedoch gleichzeitig auf dieses damit notwendigerweise verbundene Risiko hinweisen müssen. Ob die Beteiligten damals **nur um des Vorteiles einer Einspa-**

rung von Gewerbesteuer willen zum einen eine erhebliche Erhöhung der Betriebsausgaben und zum anderen das vorbezeichnete Risiko einer steuerlichen Nichtanerkennung des erhöhten Geschäftsführergehaltes sowie einer Verwirklichung desselben als verdeckte Gewinnausschüttung auf sich genommen hätten, unterliegt erheblichen Zweifeln. Die auf dem Beweis des ersten Anscheines beruhende **tatsächliche Vermutung eines beratungskonformen Verhaltens gilt nur dann, wenn nach der Lebenserfahrung bei vertragsgemäßer Leistung des Beraters lediglich eine bestimmte konkrete Verhaltensalternative des Auftraggebers, hier die Verdoppelung des Geschäftsführergehaltes, nahegelegen hätte** (BGH, Urt.v. 30.9.1993 – IX ZR 73/93 –, NJW 1993, 2359); dies kann jedoch aufgrund der dargestellten Umstände nicht angenommen werden.

Aber selbst wenn man unterstellen würde, daß es zur Pflicht des Beklagten gehört hätte, den Geschäftsführer der Klägerin auf die Möglichkeit einer Gehaltsverdoppelung für den Zeugen K.U. hinzuweisen und die Beteiligten diese Verhaltensalternative tatsächlich aufgegriffen hätten, fehlt es letztlich an einem eigenen Schaden der klagenden GmbH. Es ist anerkannt, daß nach ständiger höchstrichterlicher Rechtsprechung die **GmbH für die schadenrechtliche Beurteilung als selbständiges Zurechnungs-subjekt behandelt werden muß mit der Folge, daß die GmbH etwaige steuerliche Nachteile ihrer Gesellschafter nicht als eigenen Schaden geltend machen kann und sich die nach § 249 BGB vorzunehmende Differenzbetrachtung nur auf das Vermögen der GmbH als solchem beziehen darf** (BGHZ 61, 380, 363; BGHBB 1992, 227; BGHNJW 1977, 1283, letztere Entscheidung sogar für den Fall einer Ein-Mann-GmbH).

Auf der Grundlage dieser Betrachtungsweise scheidet ein Schaden der GmbH schon deshalb aus, weil dem **Steuervorteil**, welcher, wie ausgeführt, hier allenfalls **in der Ersparnis der Gewerbesteuer bestehen kann, diejenigen Aufwendungen gegenzurechnen sind, die erforderlich sind, um den Steuervorteil „zu erkaufen“**. Im vorliegenden Fall ist dies der Kapitalabfluß, welcher mit der Auszahlung des erhöhten Geschäftsführergehaltes zwangsläufig

verbunden gewesen wäre und welcher notwendigerweise höher ist als der entsprechende Steuervorteil bei der Gewerbesteuer (ähnlich auch OLG Celle, Urt.v. 22. 11. 1991 – 3 U 162/90, dort S. 9). Eine Gegenrechnung der dem Anteilseigner hieraus aufgrund des höheren Geschäftsführergehaltes erwachsenden Vorteils verbietet sich im Rahmen der Differenzberechnung für die GmbH; dieser entgangene Vorteil hätte, wenn überhaupt, allenfalls von dem betroffenen Anteilseigner selbst geltend gemacht werden können.

Steuerberaterhaftung

- Dokumentationspflichten?
- Beweislast für Belehrungen

(OLG Hamburg, Urt.v. 6. 9. 1995 – 5 U 100/93, rkr. nach Nichtannahme der Revision durch den BGH)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der geschädigte Mandant muß nach allgemeinen Beweislastregeln den vollen Beweis einer Pflichtverletzung des Steuerberaters erbringen. Dies gilt auch, wenn die Pflichtverletzung in einem Unterlassen besteht.

2. Für die Beweislast ist es unerheblich, welche Bedeutung die angeblich unterlassene Aufklärung und Belehrung durch den Steuerberater hatte. Auch die Verletzung einer „Kardinalpflicht“ rechtfertigt nicht eine Beweislastumkehr.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt die Beklagten aus positiver Vertragsverletzung des zwischen ihnen abgeschlossenen Steuerberatervertrages mit der Behauptung auf Schadenersatz in Anspruch, ihr sei durch pflichtwidriges Unterlassen von steuerberatenden Hinweisen seitens der Beklagten ein Schaden entstanden.

Alleiniger Gesellschafter und Geschäftsführer der Klägerin ist Dr. M. Dieser ist zugleich Inhaber der Einzelfirma C. Für Leistungen dieser Firma zahlte die Klägerin ursprünglich jährliche Pau-

schalbeträge, später auf Empfehlung des Beklagten zu 2) Abschlagszahlungen auf ein Verrechnungskonto. Unstreitig ist, daß den Leistungen der Klägerin an die Firma C. keine schriftliche, von vornherein abgeschlossene, zivilrechtlich wirksame und tatsächlich auch durchgeführte Vereinbarung zugrunde lag. Dieser Umstand führte dazu, daß das Finanzamt für Körperschaften H.-W. anlässlich der Betriebsprüfung der Klägerin für die Jahre 1985 bis 1987 Zahlungen der Klägerin an die Firma C. in Höhe von insgesamt 49.721,00 DM als verdeckte Gewinnausschüttungen i.S. von § 8 KStG bewertete.

Die Klägerin wirft den Beklagten vor, es unterlassen zu haben, sie auf die Notwendigkeit vertraglicher Grundlagen für die Zahlungen hingewiesen zu haben. Die Beklagten behaupten demgegenüber, die Klägerin bei fünf Besprechungen, die sie in der Klageerwidern im einzelnen geschildert haben, hierauf aufmerksam gemacht zu haben. Über die Besprechungen haben die Beklagten von dem Beklagten zu 2) handschriftlich gefertigte Aktenvermerke vorgelegt. Die Klägerin hält diese Aktenvermerke für im nachhinein angefertigt.

Die Beklagten haben gegen die Klägerin noch einen restlichen Honoraranspruch in Höhe von 5.427,54 DM, der an sich unstreitig ist. Insoweit macht die Klägerin wegen ihres Schadenersatzanspruches ein Zurückbehaltungsrecht geltend. Die Beklagten ihrerseits rechnen hilfsweise mit dem Honoraranspruch gegenüber der Klageforderung auf, hilfsweise haben sie Widerklage erhoben.

Das Landgericht hat nach Vernehmung der Zeugen W. und M. zum Inhalt der Besprechung vom 25. 4. 1986 die Klage abgewiesen und der Widerklage – mit Ausnahme eines Teils der Zinsen – stattgegeben. Die Klageabweisung hat das Landgericht damit begründet, daß die Klägerin nicht bewiesen habe, daß die Beklagten die gebotenen steuerberatenden Hinweise unterlassen haben. Die Beweislast dafür habe ihr obliegen, da die Beklagten ihre Darlegungslast für die gebotene Belehrung und Aufklärung substantiiert nachgekommen seien. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs hätte die Klägerin die Unrichtigkeit dieser Darstellung beweisen müssen. Auf Tatbestand und Entscheidungsgründe des Urteils wird, insbeson-

dere auch zur Ergänzung der Einzelheiten des Parteivorbringens, Bezug genommen.

Mit ihrer Berufung rügt die Klägerin die vom Landgericht angewendeten Beweislastregeln. Verdeckte Gewinnausschüttungen seien ein Kardinalproblem; dagegen nicht Vorsorge zu treffen durch Beibringen von klaren zivilrechtlichen Regelungen sei eine Todsünde. Deshalb sei hier die die vom Landgericht angewendete Beweislastverteilung einzig rechtfertigende Vermutung der richtigen Beratung entkräftet. Dies führe zur Beweislastumkehr mindestens in dem Sinne, daß die Beklagten eine Dokumentationspflicht gegenüber der Klägerin getroffen habe. Die von den Beklagten vorgelegten Aktenvermerke entbehrten jedweder Beweiskraft. Sie seien im nachhinein angefertigt. Die von den Beklagten behauptete Besprechung am 20.11.1987 könne schon deshalb nicht stattgefunden haben, weil der Geschäftsführer der Klägerin an diesem Tag in Düsseldorf und Frankfurt gewesen sei. Eine Besprechung am 30.12.1983 habe es zwar gegeben, allerdings nicht im Büro der Klägerin, sondern in einer „Gourmet Bar“, die kein geeigneter Platz sei, um Umsatzsteuer-Sonderprüfungen zu besprechen. Auffällig sei es auch, daß alle vorgelegten Aktenvermerke ein gleichartiges Erscheinungsbild aufwiesen, obwohl sie über einen Zeitraum von vier Jahren erstellt worden sein sollen. Weitere im Verhandlungstermin vom 2.8.1995 von den Beklagten vorgezeigte Aktenvermerke seien auf anderem Papier erstellt und wiesen keine handschriftlichen Paraphen auf. Dies alles ließe nur den Schluß zu, daß die für diesen Rechtsstreit interessierenden Aktenvermerke gefälscht seien.

Die Klägerin beantragt,

Die Beklagten beantragen,

Der Senat hat über die Behauptung der Klägerin, die handschriftlichen Vermerke seien nicht zu den aus ihnen ersichtlichen Zeitpunkten sondern nachträglich bei Anbahnung der prozessualen Auseinandersetzung gefertigt worden, Beweis erhoben durch Einholung eines schriftlichen Gutachtens für eine chemisch-analytische Schreibmitteluntersuchung. Auf das Gutachten der Sachverständigen wird Bezug genommen.

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Klägerin hat in der Sache keinen Erfolg.

I.

Das Landgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen, da die Klägerin nicht den ihr obliegenden Beweis dafür geführt hat, daß die Beklagten ihre Steuerberatungspflichten verletzt haben.

1. In Übereinstimmung mit den zutreffenden Ausführungen des Landgerichts ist zunächst davon auszugehen, daß die Beklagten auf Grund des mit der Klägerin bestehenden Beratungsverhältnisses, das mit dem Landgericht als Dienstvertrag zu qualifizieren ist, verpflichtet waren, die Klägerin, die ohne vertragliche Grundlagen Zahlungen an die Einzelfirma ihres Geschäftsführers leistete, auf die damit verbundene Gefahr der Bewertung dieser Zahlungen als verdeckte Gewinnausschüttungen hinzuweisen und ihr Möglichkeiten aufzuzeigen, wie dieser Gefahr zu begegnen war. Der Senat schließt sich ferner der auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (vgl. BGH, NJW 1992, 307, 309) gestützten rechtlichen Beurteilung des Landgerichts an, daß bei einer Verletzung dieser Pflichten eine Schadenersatzpflicht der Beklagten nach den Grundsätzen der positiven Vertragsverletzung in Betracht kommen würde.

2. Nach **allgemeinen Beweislastregeln** hat die Klägerin den vollen Beweis einer Pflichtverletzung der Beklagten zu erbringen. Dies gilt auch dann, wenn die Pflichtverletzung – wie hier von der Klägerin behauptet – in einem Unterlassen, nämlich in der **Verletzung einer Beratungs- oder Aufklärungspflicht** besteht (BGH, NJW 1985, 264, 265; BB 1992, 731, 733). Die in solchen Fällen vorhandene Schwierigkeit des sog. Negativbeweises ist nach der – auch vom Landgericht zugrunde gelegten – Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (WM 1987, 590, 591) dadurch zu beheben, daß die andere Partei nach Lage des Falles, die Behauptung substantiiert bestreiten und diejenige Partei, welche die Beweislast trägt, die Unrichtigkeit der Gegendarstellung beweisen muß.

Entgegen der Auffassung der Klägerin ist es **für die Beweislast grundsätzlich unerheblich, welche Bedeutung der Umstand hat, auf den**

sich die Aufklärungspflicht bezieht. Auch die Behauptung, der zur Beratung Verpflichtete hat einen „Kardinalfehler“ begangen, rechtfertigt nicht schon eine Beweislastumkehr. Beweiserleichterungen bis hin zur Beweislastumkehr können allerdings dann eintreten, wenn für den Beratungspflichtigen ausnahmsweise eine Dokumentationspflicht besteht. **Für den Bereich der Anwalts- und Steuerberatung ist freilich eine selbständige, allgemeine Dokumentationspflicht in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BB 1992, 731, 732) abzulehnen.** Es kann zwar zur ordnungsgemäßen Bearbeitung des Mandats gehören, daß der Rechtsanwalt/Steuerberater für sich selbst schriftliche Aufzeichnungen macht. Solche Aufzeichnungen, die die Beklagten im übrigen in Form der vorgelegten Aktenvermerke behaupten, können im eigenen Interesse des Dienstleistenden geboten sein. **Eine echte Dokumentation gegenüber den Mandanten kann nicht gefordert werden.**

3. Hat es demnach bei der dargestellten Beweislastverteilung zu verbleiben, so ist zunächst in Übereinstimmung mit dem Landgericht festzustellen, daß die Beklagten dezidiert unter Vorlage von Aktenvermerken und unter Angabe von Ort, Datum und Anlaß vorge tragen haben, der Beklagte zu 2) habe den Geschäftsführer der Klägerin wiederholt darauf hingewiesen, die Vermögensverschiebungen, nämlich die Zahlungen der Klägerin an die Einzelfirma ihres Geschäftsführers, auf vertragliche Grundlagen zu stellen, weil anderenfalls die Gefahr bestehe, daß die Zahlungen als verdeckte Gewinnausschüttungen gewertet würden. Hiermit haben die Beklagten die Behauptung der Klägerin, sie hätten gebotene steuerberatende Hinweise unterlassen, im Sinne der zitierten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs substantiiert bestritten.

4. Es kann nicht mit der gebotenen Sicherheit angenommen werden, daß diese Darstellung der Beklagten unrichtig ist:

a) Durch das vom Senat eingeholte Gutachten konnte nicht festgestellt werden, daß die von den Beklagten vorgelegten Aktenvermerke nachträglich angefertigt worden sind. Das Gutachten kommt aufgrund der durchgeführ-

ten chemisch-analytischen Schreibmitteluntersuchung in nachvollziehbarer und überzeugender Weise zu dem Ergebnis, daß eine Schriftaltersbestimmung der auf die Aktenvermerke aufgetragenen Kugelschreiberpaste nicht gemacht werden kann, da es sich hierbei um einen handelsüblichen Standard mit typischen Farbstoffzusammensetzungen handelt, die seit über 10 Jahren von mehreren Herstellern in gleicher Kombination der Farbstoffe verwendet werden. In dem Gutachten ist darüber hinaus überzeugend ausgeführt, daß auch hinsichtlich des als Schriftträger verwendeten Briefpapiers eine Datierung nicht möglich ist.

Die vom Beklagten zu 2) im Senatstermin am 2.8.1995 vorgelegten und in Augenschein genommenen – andere Mandanten betreffende – Aktenvermerke bzw. -notizen waren zwar überwiegend auf anderem Briefpapier gefertigt und wiesen auch nur vereinzelt handschriftliche Paraphen auf. Sichere Rückschlüsse auf eine nachträgliche Anfertigung der hier fraglichen Aktenvermerke lassen sich hieraus aber nicht ziehen.

b) Die Unrichtigkeit der Behauptung der Beklagten, am 30.12.1993 habe der Beklagte zu 2) den Geschäftsführer der Klägerin gefragt, ob für die bevorstehende Umsatzsteuer-Sonderprüfung besondere Vorbereitungen erforderlich seien, was der Geschäftsführer der Klägerin mit dem Hinweis verneint habe, die Verträge etc. seien in Ordnung, wird nicht dadurch bewiesen, daß die Klägerin eine Verzehrquittung der Gourmet/Bar M. vorgelegt hat, auf deren Rückseite der Geschäftsführer der Klägerin den Beklagten zu 2) als Gast angegeben hat. Auch wenn – was hierdurch noch nicht ohne weiteres bewiesen ist – die Unterredung zwischen dem Geschäftsführer der Klägerin und dem Beklagten zu 2) in der Gourmet/Bar stattgefunden hat, ist damit nicht der von dem Beklagten behauptete Gesprächsinhalt ausgeschlossen. Wie schon aus der gebräuchlichen Bezeichnung „Geschäftssessen“ folgt, werden geschäftliche Dinge häufig in einem gesellschaftlichen Rahmen besprochen.

c) Die Darstellung der Beklagten, bei der Abschlußprüfung über die Betriebsprüfung der Einzelfirma des Geschäftsführers der Klägerin am 25.4.1986 sei über das Problem der verdeckten Gewinnausschüttung gesprochen wor-

den, ist ebenfalls nicht als unrichtig erwiesen. Das Landgericht hat hierzu die Zeugen W. und M. vernommen. Seine Beweiswürdigung ist entgegen der Auffassung der Klägerin nicht zu beanstanden. Der Zeuge W., für den die Mittelabflüsse bei der Klägerin nicht unmittelbar Prüfungsgegenstand waren, hat ohnehin keine eindeutige Aussage abgegeben. Den Erwägungen, aus denen das Landgericht die Aussage der Zeugin M. nicht für ausreichend gehalten hat, die Unrichtigkeit der Darstellung der Beklagten zu beweisen, ist die Klägerin nicht entgegengetreten. Daß das Problem der verdeckten Gewinnausschüttung das zentrale Thema dieser Besprechung gewesen sei, haben die Beklagten nicht behauptet. Wenn es gleichwohl in dem Aktenvermerk einen größeren Raum einnimmt, könnte dies damit zusammenhängen, daß das eigentliche Hauptthema in der Besprechung geklärt worden war und deshalb einer ausführlichen Darstellung nicht mehr bedurfte. Für den Beweiswert der Aussage der Zeugin M. ist daraus jedoch nichts zu folgern. Im übrigen ist mit dem Landgericht zu berücksichtigen, daß die Vorgänge, zu denen die Zeugen befragt wurden, bereits über sechs Jahre zurücklagen.

d) Der Darstellung der Beklagten, auch in einer Besprechung am 20. 11. 1987 habe der Beklagte zu 2) das Problem der verdeckten Gewinnausschüttungen angesprochen, und zwar in der Weise, daß zur Abwendung dieser Gefahr Verträge oder Beschlüsse über die Mittelzuwendungen vorliegen müßten, hat die Klägerin unter Beweisaustritt entgegengehalten, daß ihr Geschäftsführer an diesem Tag von 6 Uhr bis 21.15 Uhr ortsabwesend gewesen sei. Wenn dies richtig ist, kann die von den Beklagten auf 19 Uhr terminierte Besprechung nicht stattgefunden haben. Geht man hiervon zu Gunsten der Klägerin aus, führt dies aber lediglich zu der Annahme, daß die Darstellung der Beklagten bezüglich dieser Besprechung unrichtig ist. Es verbleiben die vier weiteren Besprechungen, in denen nach den substantiierten Behauptungen der Beklagten über das Risiko der verdeckten Gewinnausschüttungen gesprochen worden ist.

Der Beweis, daß diese Behauptungen unrichtig sind, ist der Klägerin, wie hinsichtlich der Besprechungen am 30. 12. 1983 und 25. 4. 1986 ausgeführt, nicht gelungen beziehungsweise

hinsichtlich der Besprechungen am 29. 4. 1985 und 16. 12. 1985 nicht geführt. **Von der – unterstellten – Unrichtigkeit der Besprechung am 20. 11. 1987 auf die Unrichtigkeit auch der übrigen vier Besprechungen zu schließen, hält der Senat nicht für angängig.** Dafür daß die Beklagten die Klägerin doch auf die Gefahr der verdeckten Gewinnausschüttungen hingewiesen haben, spricht nämlich andererseits der Umstand, daß der Beklagte zu 2) der Klägerin 1985/1986 die Umstellung der bis dahin praktizierten Pauschalzahlungen auf à-conto-Zahlungen auf ein Verrechnungskonto der Einzelfirma des Geschäftsführers der Klägerin empfohlen hat. Denn à-conto-Zahlungen werden dann geleistet, wenn die tatsächliche Höhe mangels einer endgültigen Abrechnungsgrundlage noch nicht feststeht. Mit dieser Empfehlung der Beklagten, der die Klägerin auch nachgekommen ist, steht ihre Behauptung, die Klägerin auf die Notwendigkeit von Verträgen als Zahlungsgrundlage hingewiesen zu haben, plausibel im Einklang. Ein **Indiz für die Richtigkeit des Inhalts der von den Beklagten vorgelegten Aktenvermerke liegt für den Senat auch darin, daß diese Vermerke weitere Besprechungspunkte enthalten, denen die Klägerin nicht entgegengetreten ist.**

Unterschrift

- Klageschrift, § 64 Abs. 1 FGO
 - Unterschriebene Vollmacht
 - Fehlende Unterschrift
- (BFH, Urf. v. 29. 12. 1995 – IV R 76/94)

Leitsatz (d. Red):

Bei fehlender Unterzeichnung der Klageschrift heilt die beigelegte unterzeichnete Vollmacht den formellen Mangel, wenn diese sich auf die gleiche Steuerarten und die gleichen Veranlagungszeiträume wie die Klage bezieht. Sie muß nicht das Datum der Klageschrift tragen.

Aus den Gründen:

In den Jahren 1983 und 1984 fand bei der Klägerin eine Betriebsprüfung für die Jahre 1976 bis 1981 statt, aufgrund derer der Beklagte und Revisionsbeklagte (das Finanzamt – FA –) die gesonderten und einheitlichen Feststellungen der Einkünfte 1976 bis 1980 änderte und für 1981 erstmalig einen Feststellungsbescheid erließ. Darüber hinaus änderte das FA die Einheitswerte des Betriebsvermögens auf den 1.1.1978, den 1.1.1980 und den 1.1.1981. In gleicher Weise ergingen auch geänderte Umsatzsteuerbescheide 1976 bis 1980 sowie ein erstmaliger Festsetzungsbescheid für die Umsatzsteuer 1981. Ferner setzte das FA die Gewerbesteuermeßbeträge 1976 bis 1981 entsprechend den geänderten Feststellungen fest.

Die hiergegen gerichteten Einsprüche blieben im wesentlichen erfolglos. Gegen die Einspruchsentscheidungen erhob der frühere Bevollmächtigte der Klägerin am 23.12.1985 Klage. Die Klageschrift trägt seinen Briefkopf und ist am Ende des Textes mit einem Stempelabdruck mit dem Wortlaut „Wirtschaftsprüfer, Steuerberater“ versehen. Unterschrieben ist die Klageschrift nicht. Der Klageschrift angeheftet war eine vom gesetzlichen Vertreter der Klägerin unterzeichnete Prozeßvollmacht vom 20.12.1985.

Das Finanzgericht (FG) wies die Klage wegen des Fehlens der Unterschrift als unzulässig ab (*Entscheidungen der Finanzgerichte – EFG – 1995, 35*).

Hiergegen richtet sich die vom FG zugelassene Revision der Klägerin, mit der die unrichtige Anwendung des § 64 der Finanzgerichtsordnung (FGO) gerügt wird.....

Die Revision ist begründet. Sie führt zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Zurückverweisung der noch anhängigen Gewinnfeststellungs- und Einheitswertsache an das FG zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung über die Gewinnfeststellung 1976 bis 1981 sowie die Einheitswerte des Betriebsvermögens auf den 1.1.1978, 1.1.1980, 1.1.1981 (§ 126 Abs. 3 Nr. 2 FGO).

Das FG hat die Klage zu Unrecht als unzulässig angesehen. Zwar fehlt der Klageschrift die gemäß § 64 Abs. 1 FGO erforderliche Unter-

schrift. **Nach dem Beschluß des Großen Senats des Bundesfinanzhofs (BFH) vom 5.11.1973 GrS 2/72 (BFHE 111, 278, BStBl II 1974, 242) sind Verfahrensvorschriften jedoch im Zweifel so auszulegen, daß sie – wenn irgend vertretbar – eine Entscheidung der materiellen Rechtsfrage ermöglichen.**

Der BFH hat daher in mehreren Urteilen entschieden, daß dem Zweck des § 64 Abs. 1 Satz 1 FGO auch in anderer Weise entsprochen werden kann, als durch eine eigenhändige Unterzeichnung des maßgebenden Schriftsatzes durch dessen Verfasser (*BFH-Urteil v. 3.10.1986 – III R 207/81, BFHE 148, 205, BStBl II 1987, 131*). Es muß allerdings feststehen, daß es sich bei dem Schriftstück nicht um einen Entwurf handelt, sondern daß es mit Wissen und Willen des Berechtigten dem Gericht zugeleitet worden ist.

Unter Zugrundelegung dieser Erwägungen hat der I. Senat des BFH entschieden, daß die **Beifügung einer vom Kläger unterzeichneten Vollmacht, die sich auf die gleichen Steuerarten und die gleichen Veranlagungszeiträume wie die Klage bezieht, den Mangel der fehlenden Unterzeichnung der Klageschrift heilt** (*Urteil v. 18.7.1990 – I R 22-23/87, BFHE 161, 379, BStBl II 1990, 1088*). Der erkennende Senat schließt sich dieser Auffassung an (*ebenso Gräber/von Groll, Finanzgerichtsordnung, § 64 Rdnr. 30*). Denn es ist in einem solchen Fall ohne Beweisaufnahme erkennbar, daß es sich nicht um einen bloßen Entwurf handelt. **Einem Entwurf eine unterschriebene Vollmacht beizufügen, wäre sinnlos** (*Urteil des FG Hamburg v. 28.2.1990 – VI 298/87, EFG 1990, 434*). Aus diesem Grund ist es auch unerheblich, daß die Vollmacht – insoweit abweichend von dem im Urteil in BFHE 161, 379, BStBl II 1990, 1088 entschiedenen Fall – nicht **das-selbe Datum** aufwies wie die **Klageschrift**, sondern daß die beiden Daten um **drei Tage differierten**.

Fristenkontrolle

- Notierung des Zustellungsdatums
- Empfangsbekenntnis
- Kanzleistempel

(BGH, Beschl. v. 16. 4. 1996 – VI ZR 362/95)

Leitsatz:

Der Rechtsanwalt muß das Zustellungsdatum eines Urteils in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise ermitteln und so zuverlässig notieren, daß die Rechtsmittelfrist gewahrt werden kann.

Aus den Gründen:

I.

Das am 27. 10. 1995 verkündete Urteil des Oberlandesgerichts ist der Klägerin ausweislich des Empfangsbekenntnisses ihres zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten, Rechtsanwalt E., am 21. 11. 1995 zugestellt worden. Ihre Revisionsschrift ist am 27. 12. 1995 beim Bundesgerichtshof eingegangen. Mit am 13. 2. 1996 eingegangenem Schriftsatz hat sie Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Frist zur Einlegung der Revision beantragt und dazu vorgetragen, die verspätete Einlegung der Revision beruhe auf einer Divergenz zwischen dem Datum des Empfangsbekenntnisses und dem mit 27. 11. 1995 aufgestempelten Datum auf der Urteilsausfertigung, anhand derer die Revisionsfrist ermittelt und dem Revisionsanwalt mitgeteilt worden sei. Das sei auf ein Büroversehen der sonst zuverlässigen und in Fristsachen erfahrenen Büroangestellten K. zurückzuführen, auf deren eidesstattliche Versicherung wegen der Einzelheiten verwiesen werde. Hieraus ergebe sich, daß in der Kanzlei von Rechtsanwalt E., dessen eidesstattliche Versicherung ebenfalls vorgelegt worden ist, alle denkbaren Vorkehrungen getroffen worden seien, um eine solche Divergenz zu vermeiden.

II.

Der Antrag der Klägerin auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Revisionsfrist ist zulässig und insbesondere

innerhalb der Frist des § 234 Abs. 1 und 2 ZPO eingegangen. Er erweist sich jedoch als unbegründet.

Nach § 233 ZPO ist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren, **wenn eine Partei ohne ihr Verschulden an der Einhaltung der Frist gehindert war**. Indessen trifft den zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten der Klägerin ein Verschulden an der Fristversäumung, daß sich die Klägerin nach § 85 Abs. 2 ZPO zurechnen lassen muß.

1. Wie sie selbst geltend macht, ist es zur Fristversäumnis gekommen, **weil dem mit der Einlegung der Revision beauftragten Rechtsanwalt nicht das richtige Zustellungsdatum mitgeteilt worden ist**. Sie trägt hierzu vor, Rechtsanwalt E. habe angenommen, daß der **Eingangsstempel** auf der Urteilsausfertigung mit dem **Datum des Empfangsbekenntnisses identisch** sei. Damit hat er jedoch seiner Sorgfaltspflicht nicht genügt. Die ordnungsgemäße und insbesondere fristgerechte Erteilung des Rechtsmittelauftrags machte es nämlich erforderlich, das für den Lauf der Rechtsmittelfrist maßgebliche Datum der Urteilszustellung in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise zu ermitteln (*Senatsbeschuß v. 7. 3. 1995 – VIU ZB 3/95 – NJW-RR 1995, 825; BGH, Beschlüsse v. 10. 10. 1991 – VII ZB 4/91 – NJW 1992, 574; v. 28. 10. 1993 – VII ZB 16/93 – VersR 1994, 873, 874 und v. 7. 12. 1993 – XIZR 207/93 – VersR 1994, 956*). Zu Unrecht meint die Klägerin, Rechtsanwalt E. treffe kein Verschulden, weil er nicht daran habe zweifeln müssen, daß der Eingangsstempel auf dem Urteil mit dem Datum im Empfangsbekenntnis übereinstimme. Indessen durfte Rechtsanwalt E. bei Prüfung des Fristablaufs für die Einlegung der Revision nicht ohne weiteres von dem Eingangsstempel auf der Urteilsausfertigung ausgehen. **Vielmehr mußte ihm bekannt sein, daß nicht dieser Stempel, sondern allein das Datum, unter dem das Empfangsbekenntnis nach § 212 a ZPO unterzeichnet worden war, für den Beginn der Revisionsfrist maßgebend war** (*BGH, Beschl. v. 13. 3. 1991 – XII ZB 22/91 – VersR 1992, 118, 119; ebenso Senatsbeschuß VI ZB 13/93 v. 6. 7. 1993 m.w.N.*). Deshalb bedarf es eines besonderen **Vermerks, wann die Zustellung des Urteils erfolgt ist. Diesen Vermerk vermag der Eingangsstempel des Anwaltsbüros auf**

dem zugestellten Urteil nicht zu ersetzen, weil er nur den Eingang des Dokuments in der Kanzlei bestätigt, nicht jedoch die für eine Zustellung gemäß § 212a ZPO erforderliche und für den Fristbeginn maßgebliche Entgegennahme durch den Rechtsanwalt (BGH, Beschl. v. 10. 10. 1991 – a.a.O.). Durfte Rechtsanwalt E. mithin den Eingangsstempel auf der Urteilsausfertigung nicht ohne nähere Prüfung für das Zustelldatum ansehen, so kommt es nicht im einzelnen darauf an, durch wessen Versehen es zur Aufstempelung dieses Datums gekommen ist.

2. Daneben ist Rechtsanwalt E. zur Last zu legen, daß er nach seiner eigenen eidesstattlichen Versicherung das **Empfangsbekennnis unterzeichnet hat, obwohl es ihm ohne Handakte und das Urteil vorgelegt worden ist**. Im Hinblick auf die zu 1) erörterte Bedeutung des Zustellungsdatums muß durch organisatorische Vorkehrungen gewährleistet werden, daß der **Zustellungszeitpunkt und damit der Beginn der Rechtsmittelfrist in zuverlässiger Weise festgehalten wird** (BGH, Beschl. v. 30. 11. 1994 – XII ZB 197/94 – BGHR-ZPO § 233 Empfangsbekennnis 1 – und v. 15. 2. 1995 – XII ZB 5/95 – BGHR-ZPO § 233 Anwaltsverschulden 10). Soweit sich die Klägerin auf eine im Büro von Rechtsanwalt E. bestehende Weisung beruft, wonach Schriftstücke mit Empfangsbekennnis nur zusammen mit der Akte bearbeitet werden dürften, vermag eine solche Weisung den Rechtsanwalt nicht zu entlasten. Zwar dürfte Frau K. gegen diese Weisung ebenso wie gegen andere Sorgfaltspflichten verstoßen haben, wenn sie das ihr vom Berufungsgericht übersandte Urteil nebst Empfangsbekennnis wegen Unauffindbarkeit der Akte für einen längeren Zeitraum – den anderen Prozeßbeteiligten ist das Urteil bereits am 6./7. 11. 1995 zugestellt worden – auf ihrem Schreibtisch hat liegen lassen und Urteil und Empfangsbekennnis sodann getrennt hat, um Rechtsanwalt E. das Urteil zur Besprechung mit der Klägerin zu überlassen. Diesen trifft jedoch ein eigenes Verschulden an der Versäumung der Frist. Es ist schon fraglich, ob er sich bei der zunächst erfolgten Vorlage des Urteils ohne Empfangsbekennnis mit der Anweisung begnügen durfte, ihm Handakte und Urteil sofort wieder vorzulegen. **Jedenfalls mußte er dann, als ihm in der Folgezeit das vom Berufungsgericht zu-**

rückgeforderte Empfangsbekennnis allein zur Unterzeichnung vorgelegt wurde, klar erkennen, daß der weisungswidrige Zustand noch immer fortbestand und unter diesen Umständen die zuverlässige Notierung des Zustellungsdatums nicht gesichert war. Bei einem derartigen Sachablauf, auf dessen Ungewöhnlichkeit die Klägerin selbst hinweist, durfte Rechtsanwalt E. das Empfangsbekennnis nicht unterzeichnen, ohne die Notierung der hierdurch in Lauf gesetzten Frist zur Einlegung der Revision in geeigneter Weise sicherzustellen. Dies hätte er selbst bei fortbestehender Unauffindbarkeit der Handakte – die ohnehin unter dem Blickpunkt einer geordneten Organisation im Anwaltsbüro nicht auf Dauer zu entlasten vermöchte – bereits dadurch erreichen können, daß er sich gleichzeitig mit dem Empfangsbekennnis zumindest die Urteilsausfertigung vorlegen ließ und auf dieser das Datum der Zustellung in der erforderlichen Weise vermerkte.

3. Bei dieser Sachlage bedarf es keiner weiteren Erörterung, ob die übrigen Organisationsvorkehrungen in der Kanzlei von Rechtsanwalt E. ausreichend zur Vermeidung derartiger Vorkommnisse waren, zumal der Klägervortrag nicht im einzelnen erkennen läßt, in welcher Weise Frau K. die Revisionsfrist zu notieren beabsichtigte und ob insbesondere die Eintragung in einen zentralen Fristenkalender oder ein Fristenbuch vorgesehen war (hierzu Senatsbeschuß v. 26. 3. 1996 – VI ZB 1 u. 2/96 m.w.N.).

Fristbeginn

- Empfangsbekennnis
- Gegenbeweis

(BGH, Beschl. v. 13. 6. 1996 – VII ZB 12/96)

Leitsatz:

Der durch das datierte und unterschriebene Empfangsbekennnis erbrachte Beweis für die Entgegennahme des Schriftstücks und für den Zeitpunkt der Entgegennahme ist nicht schon dadurch entkräftet, daß die bloße Möglichkeit der Unrichtigkeit des Empfangsbekennnisses besteht.

Aus den Gründen:

I.
Die Klägerin verlangt von den Beklagten die Zahlung restlichen Werklohns für Bauleistungen. Die Beklagten machen ein Zurückbehaltungsrecht geltend.

Das Landgericht hat die Beklagten zur Zahlung von 107.359,99 DM Zug um Zug gegen Beseitigung näher bezeichneter Mängel verurteilt. Im übrigen hat es die Klage abgewiesen. Der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten hat mit Empfangsbekenntnis gemäß § 212 a ZPO bestätigt, daß er die Ausfertigung des Urteils am 23. 10. 1995 erhalten hat. Durch Anwaltsschriftsatz vom 24. 11. 1995, der am selben Tag beim Oberlandesgericht eingegangen ist, haben die Beklagten Berufung eingelegt und diese in verlängerter Frist begründet.

Das Berufungsgericht hat die Berufung der Beklagten durch Beschluß v. 26. 3. 1996 verworfen, da das Rechtsmittel nicht innerhalb eines Monats seit Zustellung des angefochtenen Urteils eingelegt worden sei (§ 516 ZPO). Hiergegen richtet sich die form- und fristgerechte sofortige Beschwerde der Beklagten.

Zur Begründung tragen sie vor, das Urteil des Landgerichts sei ihrem Prozeßbevollmächtigten erst am 24. 10. 1995 zugestellt worden, wie sich aus dem Eingangsstempel der Anwaltskanzlei auf der Ausfertigung des Urteils ergebe.

II.

Das Rechtsmittel ist zulässig, jedoch nicht begründet. Die Beklagten haben die Berufungsfrist versäumt.

1. Die Berufungsfrist hat am 23. 10. 1995 zu laufen begonnen, weil durch das Empfangsbekenntnis Beweis dafür erbracht worden ist, daß der Prozeßbevollmächtigte das Schriftstück an diesem Tag entgegengenommen hat. Der Gegenbeweis der Unrichtigkeit der in dem Empfangsbekenntnis enthaltenen Erklärungen ist nicht geführt.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes erbringt das datierte und unterschriebene Empfangsbekenntnis i.S.d. § 212 a ZPO Beweis für die Entgegennahme des darin bezeichneten Schriftstücks als zugestellt und für den Zeitpunkt

dieser Entgegennahme (Senatsbeschlüsse v. 16. 9. 1993 – VII ZB 20/93 = VersR 1994, 371 und v. 29. 2. 1996 – VII ZB 28/95, zur Veröffentlichung bestimmt). Der **Gegenbeweis der Unrichtigkeit** der im Empfangsbekenntnis enthaltenen Angaben ist zulässig. Er ist jedoch nur erbracht, wenn die Beweiswirkung des § 212 a ZPO vollständig entkräftet und jede Möglichkeit ausgeschlossen ist, daß die Angaben des Empfangsbekenntnisses richtig sein können. Der Gegenbeweis ist nicht schon dann erbracht, wenn die Möglichkeit der Unrichtigkeit besteht, die Richtigkeit der Angaben also nur erschüttert ist (Senat, Beschluß v. 29. 2. 1996 a.a.O.).

Der Vortrag der Beklagten erbringt den Gegenbeweis nicht. Der Umstand, daß die Ausfertigung des Landgerichtsurteils den Eingangsstempel der Anwaltskanzlei vom 24. 10. 1995 trägt, rechtfertigt nicht den Schluß, die Entscheidung des Oberlandesgerichts müsse später als am 23. 10. 1995 zugestellt worden sein. Unterschiedliche Daten könnten sich beispielsweise ohne weiteres dadurch ergeben haben, daß der Anwalt das Schriftstück zunächst selbst bearbeitet und erst dann an sein Büro weitergeleitet hat.

2. Die Beklagten haben nach Einlegung der sofortigen Beschwerde hilfsweise Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung der Berufungsfrist beantragt. Darüber hat nach § 237 ZPO das Oberlandesgericht zu entscheiden. Eine derartige Entscheidung abzuwarten, ist nicht veranlaßt (vgl. etwa BGH, Beschl. v. 7. 10. 1981 – IV b ZB 825/81 = NJW 1982, 887 f = VersR 1982, 95 f).

Fristenkontrolle

- Ausgangskontrolle
- Telefax
- Sendebericht

(BGH, Beschl. v. 13. 6. 1996 – VII ZB 13/96)

Leitsatz:

Zur ordnungsgemäßen Organisation einer Rechtsanwaltskanzlei gehört bei der Übermittlung eines Schreibens per Telefax die Weisung, den Sendebericht

daraufhin zu überprüfen, ob die Zahl der übermittelten Seiten mit der Seitenzahl des Originalschriftsatzes übereinstimmt (im Anschluß an BGH, Urt. v. 29. 4. 1994 – V ZR 62/93 = NJW 1994, 1879 = GI 94, 258).

Aus den Gründen:

I.

Das Landgericht L. hat die Beklagte mit Endurteil v. 12.5.1995 verurteilt, an die Klägerin Werklohn in Höhe von 207.622,66 DM zuzüglich Zinsen und Kosten zu bezahlen. Dagegen hat die Beklagte durch ihre Prozeßbevollmächtigten fristgerecht Berufung eingelegt. Auf deren Antrag hat das Berufungsgericht die am 13.7.1995 ablaufende Berufungsbegründungsfrist bis 30.9.1995 (Samstag) verlängert. Am 2.10.1995 (Montag) ging beim Oberlandesgericht M. „vorab per Fax“ ein Schriftsatz vom gleichen Tage zur Berufungsbegründung ein. Er besteht aus insgesamt 26 Seiten, wovon die drei ersten Seiten die Berufungsbegründung enthalten und sodann 23 Seiten Anlagen folgen. Im Gegensatz zum nachgereichten Originalschriftsatz, der am 5. 10. 1995 beim Oberlandesgericht einging, fehlen im Telefax die Seiten drei und fünf, wovon letztere die Unterschrift des Prozeßbevollmächtigten enthält.

Nach Hinweis vom 7.12.1995 durch den Vorsitzenden, daß keine rechtzeitige Berufungsbegründung vorliege, weil das Fax Seite fünf mit der Unterschrift des Beklagtenvertreters nicht enthalte, beantragte dieser mit Schriftsatz v. 14.12.1995, eingegangen bei Gericht am 19.12.1995, der Beklagten „Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bezüglich der versäumten Berufungsbegründungsfrist zu gewähren.“

Zur Begründung hat die Beklagte vorgetragen, ausweislich der angekommenen Seiten sei der Schriftsatz vollständig angekommen. Die Übermittlung sei durch die sehr zuverlässige Bürokräft Frau B. durchgeführt worden. Diese habe entsprechend der ihr erteilten Weisung sofort nach Übermittlung des Schriftsatzes mit der Eingangsstelle des Gerichts Kontakt aufgenommen und dort von einer Frau P. erfahren, daß der Schriftsatz ordnungsgemäß und vollständig eingegangen sei.

Das Berufungsgericht hat den fristgerecht eingelegten Antrag der Beklagten auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Versäumung der Berufungsbegründungsfrist zurückgewiesen und ihre Berufung verworfen. Dagegen richtet sich die zulässige sofortige Beschwerde der Beklagten.

II.

Das Rechtsmittel ist zulässig. Es hat jedoch keinen Erfolg. Das Berufungsgericht hat zu Recht den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach Versäumung der Berufungsbegründungsfrist zurückgewiesen und die Berufung der Beklagten als unzulässig verworfen.

1. Das Berufungsgericht ist davon ausgegangen, daß die Prozeßbevollmächtigten der Beklagten nicht ohne Verschulden verhindert waren, die Berufungsbegründungsfrist einzuhalten. Es stelle ein **Organisationsverschulden** dar, daß das Büropersonal nicht ausdrücklich angewiesen gewesen worden sei, die vom Sendebericht angezeigte Anzahl der gefaxten Seiten mit dem Original zu vergleichen und erst danach die Frist im Kalender zu löschen. Daß der Beklagtenvertreter seine Kanzleikraft angewiesen habe, sich bei der Eingangsstelle des Oberlandesgerichts nach der Vollständigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Sendevorgangs zu erkundigen, entlaste ihn schon deswegen nicht, weil hier eine verlässliche Auskunft nicht möglich gewesen sei. Zudem könne von einer positiven Auskunft nach der dienstlichen Äußerung der Justizhauptsekretärin P. nicht ausgegangen werden.

2. Dagegen wendet sich die Beklagte ohne Erfolg. Nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (Urt. v. 29. 4. 1994 – V ZR 62/93 = NJW 1994, 1879; Beschlüsse v. 24. 3. 1993 – XII ZB 12/93 = NJW 1993, 1655 und v. 17. 11. 1992 – X ZB 20/92 = NJW 1993, 732) ist ein Rechtsanwalt gehalten, durch entsprechende organisatorische Maßnahmen Fehlerquellen bei der Behandlung von Fristsachen in größtmöglichem Umfang auszuschließen. Hierzu gehört insbesondere eine **wirksame Ausgangskontrolle**, die vor allem erfordert, **daß Notfristen erst dann im Fristenkalender gelöscht werden, wenn das fristwahrende Schriftstück entweder tatsächlich abgesendet worden ist oder**

zumindest eine sichere Vorsorge dafür getroffen wurde, daß es tatsächlich hinausgeht. Bei der Übermittlung eines Schreibens per Telefax darf daher der Übermittlungsvorgang erst dann als abgeschlossen angesehen werden, wenn sich der Absender von der ordnungsgemäßen, insbesondere vollständigen Übermittlung überzeugt hat. Aus dem vom Beklagtenvertreter vorgelegten **Sendebereich** ergibt sich hier, daß nur 26 Seiten übermittelt wurden, also zwei Seiten des Originalschriftsatzes fehlten. Wenn die Prozeßbevollmächtigten der Beklagten Weisung gegeben hätten, Notfristen aus dem Fristenkalender erst nach Überprüfung der Vollständigkeit der Übermittlung zu streichen, wäre bemerkt worden, daß der Schriftsatz nicht mit der vollständigen Anzahl von Seiten übermittelt wurde. Daß eine derartige Weisung gegeben worden ist, ist im Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand v. 14. 12. 1995 nicht vorgetragen.

3. Soweit die Beklagte nach Beschlußfassung durch das Oberlandesgericht am 5.3. 1996 im Schriftsatz v. 6. 3. 1996, eingegangen bei Gericht am 8.3. 1996, zur Übermittlungskontrolle weiter vorgetragen hat, kann dies nicht berücksichtigt werden. Insofern ist die **Zweiwochenfrist des § 234 Abs. 1 ZPO** nicht beachtet. **Innerhalb dieser Frist müssen alle Tatsachen dargelegt werden, die für die Frage von Bedeutung sein können, auf welche Weise und durch wessen Verschulden es zu der Fristver säumung gekommen ist** (§ 236 Abs. 2 ZPO). Lediglich Angaben, die unklar und ergänzungsbedürftig sind, vor allem solche, deren Aufklärung nach § 139 ZPO geboten ist, können nach Fristablauf noch erläutert und vervollständigt werden (*st. Rspr. des Bundesgerichtshofs z. B. Beschl. v. 10. 2. 1994 – VII ZB 25/93 = VersR 1994, 1368, Beschl. v. 14. 2. 1991 – VII ZB 8/90 = NJW 1991, 1359 und Beschl. v. 20. 5. 1992 – XII ZB 43/92 = VersR 1993, 378; Beschl. v. 28. 2. 1991 – IX ZB 95/90 = NJW 1991, 1892*).

Eine derartige Ergänzung des Vorbringens zur Begründung der Wiedereinsetzung stellt der Vortrag im Schriftsatz v. 6. 3. 1996 nicht dar. Vielmehr wird darin neu zum fehlenden Verschulden wegen organisatorischer Sicherungen vorge tragen, auf das der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand v. 14. 12. 1995 nicht gestützt war. Zudem befaßt sich dieser Schriftsatz auch

nicht substantiiert dazu, ob Anweisung erteilt war, die Anzahl der Seiten zwischen dem Originalschriftsatz und dem per Telefax übermittelten Schriftsatz zu vergleichen. Dies wird erstmals verspätet (*vgl. Beschl. v. 4. 5. 1994 – XII ZB 91/94 = NJW 1994, 2097, 2098*) im Schriftsatz v. 15. 5. 1996 an den Senat behauptet.

Rechtsprechungs- änderung des BGH

- Beweislastregeln im Regreßprozeß
- Beweismaßstäbe des § 287 ZPO
- Amtsermittlungsgrundsatz im Vorprozeß
(BGH, *Urt. v. 13. 6. 1996 – IX ZR 233/95*)

Leitsatz:

Über die Frage, wie ein vorausgegangener Rechtsstreit ohne den vom Rechtsanwalt zu verantwortenden Fehler hätte enden müssen, ist im Regreßprozeß auch dann gemäß § 287 ZPO zu entscheiden, wenn das Ausgangsverfahren nach dem Amtsermittlungsgrundsatz zu führen war (Abweichung von BGH, *Urt. v. 19. 2. 1987 – IX ZR 33/86, NJW-RR 1987, 898, 899*).

Tatbestand:

Ein am 23. 3. 1993 ergangenes amtsgerichtliches Urteil stellte fest, daß der heutige Kläger der Vater der am 1. 1. 1991 geborenen zweieiigen Zwillinge J. und Ju. S. sei, und verurteilte ihn, den Kindern bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres den Regelunterhalt zu zahlen. Das Amtsgericht hatte ein serologisches Gutachten eingeholt, welches für die Kinder einzeln Vaterschaftswahrscheinlichkeiten von 99,90 % und 99,95 % ermittelte; unter Berücksichtigung der Zwillingseigenschaft der Kinder betrage die Ausschlußchance sogar 99,9993 %.

Der Kläger beauftragte den beklagten Rechtsanwalt, gegen das Urteil Berufung einzulegen. Er wollte Zeugenbeweis dafür erbringen, daß die Kindesmutter in der Empfängniszeit zu einem weiteren, nicht ausgeschlossenen Mann

geschlechtliche Beziehungen unterhalten habe, und die Einholung eines erbbiologischen Gutachtens beantragen. Durch ein Versehen des Beklagten wurde die Berufung statt beim Oberlandesgericht beim Landgericht eingelegt.

Der Kläger behauptet, bei Durchführung der Berufung wäre die Klage der Kinder abgewiesen worden. Er nimmt deshalb den Beklagten auf Freistellung von der Verbindlichkeit zur Zahlung des Regelunterhalts, auf Feststellung der Verpflichtung zum Ersatz weiterer Schäden sowie auf Leistung von 434,93 DM nebst Zinsen in Anspruch. Die Klage blieb in den Vorinstanzen erfolglos. Mit der Revision verfolgt der Kläger sein Begehren weiter.

Aus den Gründen:

Die Revision ist nicht begründet.

Das Berufungsgericht hat die Klageabweisung bestätigt, weil nicht feststehe, daß im Ausgangsverfahren in zweiter Instanz eine Beweisaufnahme angeordnet worden wäre. Der Kläger habe den Mann, der der Kindesmutter in der Empfängniszeit angeblich beigewohnt habe, nicht benannt. Das Ergebnis des serologischen Gutachtens spreche nicht dafür, daß noch ein erbbiologisches Gutachten oder eine DNA-Analyse eingeholt worden wäre. Selbst wenn das Berufungsgericht im Inzidentprozeß noch Beweis erhoben hätte, so fehle es an jedem Hinweis dafür, daß sich schwerwiegende Zweifel an der Vaterschaft des Klägers ergeben hätten. Diese Erwägungen halten den Angriffen der Revision im Ergebnis stand.

1. Der beklagte Rechtsanwalt hat seine vertraglichen Pflichten schuldhaft verletzt, weil er die Berufungsschrift statt beim Oberlandesgericht (§ 119 Abs. 1 Nr. 1 GVG) beim Landgericht eingereicht hat. Streit besteht daher allein darüber, ob dem Kläger dadurch ein Schaden entstanden ist.

Hängt die Haftung des Anwalts vom Ausgang eines Vorprozesses ab, hat das Regreßgericht nicht darauf abzustellen, wie jener voraussichtlich geendet hätte, sondern selbst zu entscheiden, welches Urteil richtigerweise hätte ergehen müssen (BGHZ 72, 328, 330; 124, 86, 96; BGH Ur.t.v. 21.9.1995 – IXZR 228/94, GI 96, 14 = NJW 1996, 48, 49). Das für die Schadenersatzklage zuständige Gericht

hat hier also zu prüfen, ob die Anträge der Kinder im Ausgangsprozeß wegen verbleibender schwerwiegender Zweifel an der Vaterschaft (§ 1600 o. Abs. 2 Satz 2 BGB) hätten abgewiesen werden müssen. Dabei ist grundsätzlich von **dem Sachverhalt auszugehen, der dem Gericht des Inzidentprozesses bei pflichtgemäßem Verhalten des Prozeßbevollmächtigten unterbreitet worden wäre** (vgl. BGH, Ur.t.v. 2.7.1987 – IX ZR 94/86, GI 88, 94 = NJW 1987, 3255).

2. Die Frage, ob im Vorprozeß weiterer Beweis hätte erhoben werden müssen, ist ebenfalls aus der Sicht des Schadenersatzrichters zu beurteilen. Auch in diesem Punkt kommt es nicht darauf an, was das Gericht im Vorprozeß mutmaßlich veranlaßt hätte. Maßgeblich ist vielmehr, welche Verfahrensweise dort objektiv geboten war.

a) Der für das **Kindschaftsverfahren geltende Amtsermittlungsgrundsatz** (§§ 640, 616 Abs. 1 ZPO) verpflichtet das Gericht, von sich aus alle Beweise zu erheben, die zur möglichst sicheren Klärung der Vaterschaft des in Anspruch genommenen Mannes führen (BGH, Ur.t.v. 12.1.1994 – XII ZR 155/92, NJW 1994, 1348, 1349). Danach hat das Gericht alle zur Verfügung stehenden Beweise einzuziehen, bis es die volle Überzeugung von der Vaterschaft des Mannes gewonnen hat. Beweisanträge dürfen – in entsprechender Anwendung von § 244 StPO – nur dann abgelehnt werden, wenn das angebotene Beweismittel nicht erreichbar oder völlig ungeeignet ist oder die behauptete Tatsache als wahr unterstellt werden kann (BGH, Ur.t.v. 13.7.1988 – IVb ZR 77/87, FamRZ 1988, 1037, 1038; v. 14.3.1990 – XII ZR 56/89, NJW 1990, 2312, 2313; v. 19.12.1990 – XII ZR 31/90, NJW 1991, 2961, 2962 f.). Dies gilt nach der Auffassung des für das Familienrecht zuständigen XII. Zivilsenats des Bundesgerichtshofes in der Regel auch dann, wenn die bereits erhobenen Gutachten zu einem Wahrscheinlichkeitsergebnis über 99,99% für die Vaterschaft des beklagten Mannes gekommen sind (vgl. Ur.t.v. 13.7.1988, a.a.O.; v. 19.12.1990, a.a.O.; kritisch dazu u. a. Hummel/Mutschler NJW 1991, 2929).

b) Auf der Grundlage dieser Auffassung wäre es nicht zulässig gewesen, im Ausgangsprozeß von weiteren Beweisen abzusehen. Es hätte

mindestens ein zusätzliches Sachverständigengutachten eingeholt werden müssen, wenn der Beklagte dies für den Kläger beantragt hätte; denn weder ein erbbiologisches Gutachten noch eine DNA-Analyse wären von vornherein ungeeignet gewesen, für die Entscheidung bedeutsame Erkenntnisse zu erbringen (vgl. BGH, Urt.v. 5. 12. 1973 – IV R 77/72, NJW 1974, 606, 607; v. 19. 12. 1990 – XII ZR 31/90, NJW 1991, 2961, 2963).

3. Der Umstand, daß das Berufungsgericht im Kindschaftsprozeß eine weitere Beweisaufnahme hätte durchführen müssen, führt jedoch nicht zwangsläufig dazu, daß nunmehr alle Beweise nachgeholt werden müssen, deren Erhebung im Ausgangsverfahren geboten gewesen wäre. Andere Maßstäbe für die Beweisaufnahme können sich daraus ergeben, daß der – sachgerechte – Ausgang des Vorprozesses nur noch unter dem Gesichtspunkt Bedeutung besitzt, ob dem Kläger ein Schaden entstanden ist, und der Regreßprozeß in anderen verfahrensrechtlichen Bahnen verläuft als der Ausgangsrechtsstreit.

a) Die Schadenersatzklage ist als gewöhnlicher Zivilprozeß zu führen, für den die allgemeinen Regeln – insbesondere die Dispositionsmaxime – gelten. Hat der Anwalt die Interessen seines Auftraggebers im Vorprozeß nicht ordnungsgemäß vertreten, gewinnt die Frage, ob der Rechtsstreit bei vertragsgerechtem Verhalten günstiger ausgegangen wäre, in der Regel – und so auch im Streitfall – allein als Voraussetzung für die Entstehung eines Schadens Bedeutung. Dann ist darüber, wie der Prozeß hätte ende müssen, nach den Verfahrensgrundsätzen des § 287 ZPO zu befinden (BGH, Urt.v. 2. 7. 1987 – IX ZR 94/86, GI 88, 94 = NJW 1987, 3255; v. 24. 3. 1988 – IX ZR 114/87, GI 88, 164 = NJW 1988, 3013, 3015). Diese Vorschrift stellt den Richter insbesondere hinsichtlich des Umfangs der Beweiserhebungspflicht freier. **Ob und inwieweit eine beantragte Beweisaufnahme oder von Amts wegen ein Sachverständigengutachten anzuordnen ist, bleibt danach dem pflichtgemäßen Ermessen des Richters überlassen (§ 287 Abs. 1 Satz 2 ZPO).** Im Unterschied zu den Anforderungen des § 286 Abs. 1 ZPO kann er von einer weiteren Beweisaufnahme absehen, wenn ihm bereits hinreichende Grundlagen für ein Wahrchein-

lichkeitsurteil zur Verfügung stehen (BGH, Urt.v. 9. 10. 1990 – VI ZR 291/89, BGHR ZPO § 287 Abs. 1 Beweisantrag 1). Das hat **für den Geschädigten eine Beweiserleichterung** zur Folge, bedeutet aber auf der anderen Seite auch, daß der Richter die Tatsachen nicht weiter aufzuklären braucht, wenn der Nachweis bisher nicht einmal ansatzweise geführt und bereits hinreichend erkennbar ist, daß die noch zur Verfügung stehenden Beweise nicht ausreichen werden, die Behauptung des Klägers mit Wahrscheinlichkeit zu belegen. In diesem Rahmen ist **dem Richter eine vorweggenommene Beweiswürdigung erlaubt** (zutreffend Münch-Komm-ZPO/Prütting, § 287 Rdnr. 23).

b) Nach einer von Baur (Festschrift für Larenz, 1973, S. 1063, 1078) entwickelten Auffassung (ihm folgend Senatsurt. v. 19. 2. 1987 – IX ZR 33/86, NJW-RR 1987, 898, 899; Baumgärtel/Laumen, Handbuch der Beweislast im Privatrecht 2. Aufl. § 675 Rdnr. 26; Borgmann/Haug, Anwaltshaftung 3. Aufl. Kapitel 9 Rdnr. 41; Vollkommer, Anwaltshaftungsrecht Rdnr. 486) soll die Frage, welche Entscheidung im Vorprozeß hätte ergehen müssen, nach den Regeln des Amtsermittlungsprinzips zu bestimmen sein, wenn das Ausgangsverfahren nach diesen Regeln zu führen war. Dabei wird indessen verkannt, daß das anzuwendende Verfahrensrecht sich ausschließlich und einheitlich nach dem Klagebegehren richtet und nicht davon abhängig sein kann, aus welchem Rechtsbereich die jeweils zu prüfende Anspruchsvoraussetzung stammt. Jede Gerichtsbarkeit hat ihre eigene Verfahrensordnung, was nur Sinn gibt, wenn allein der Gegenstand des Rechtsstreits die prozessualen Regeln bestimmt, das Herkunftsgebiet der Rechtsfrage, die inzident zu entscheiden ist, darauf also keinen Einfluß hat.

Im Rahmen zivilrechtlicher Klagen wird nicht selten die Frage rechtserheblich, wie – unter bestimmten hypothetischen Voraussetzungen – ein öffentlich-rechtliche Befugnisse betreffender Antrag hätte beschieden werden müssen. Gerade in Amtshaftungsprozessen geht es häufig darum, welches Ergebnis der Kläger in dem Verwaltungsverfahren erreicht hätte. Die in diesem Rahmen gebotene Würdigung erfolgt ebenfalls nach den Beweismaßstäben des § 287 ZPO (vgl. BGH, Urt.v. 23. 2. 1959 – III ZR 77/58, NJW

1959, 1125, 1126; v. 3. 3. 1983 – III ZR 34/82, NJW 1983, 2241, 2243; v. 6. 10. 1994 – III ZR 134/93, WM 1995, 64, 66 f; v. 6. 4. 1995 – III ZR 183/94, WM 1995, 1244, 1246). Ein Wechsel der Verfahrensgrundsätze innerhalb des Rechtsstreits wäre kaum praktikabel. Er hätte erhebliche Abgrenzungsschwierigkeiten zur Folge und würde damit Rechtsunsicherheit bewirken.

Die Argumentation von Baur beruht zudem auf der Annahme, im Rechtsstreit um den Schadenersatz sei zu prüfen, welche Entscheidung das Gericht im Ausgangsverfahren tatsächlich getroffen hätte; der Schadenersatzrichter müsse also den hypothetischen Kausalverlauf ermitteln (a.a.O., S. 1078). Die Rechtsprechung hat demgegenüber zu Recht immer wieder betont, daß der Mandant nur das ersetzt verlangen kann, was ihm von Rechts wegen zusteht, und es deshalb allein darauf ankommt, welches Urteil nach Auffassung des über den Schadenersatzanspruch erkennenden Gerichts richtigerweise hätte ergehen müssen (BGHZ 72, 328, 331 f; 124, 86, 95 f; BGH, Urt. v. 2. 7. 1987 – IX ZR 94/86, GI 88, 94 = NJW 1987, 3255, 3256). **Aus diesem Grunde darf der Richter des Regreßprozesses Beweismittel berücksichtigen, die im Vorprozeß nicht zur Verfügung standen** (BGHZ 72, 328; BGH, Urt. v. 22. 11. 1983 – VI ZR 36/82, VersR 1984, 160, 161). **In diesem Punkt verläuft der Haftungsprozeß ebenfalls nicht strikt in den verfahrensrechtlichen Bahnen des Ausgangsrechtsstreits, sondern folgt den für den Streitgegenstand der Regreßklage geltenden Regeln** (BGHZ 72, 328, 333), unabhängig davon, ob dies für den Kläger günstig oder nachteilig ist. Dann aber ist es nur konsequent, daß der Richter auch auf Beweise verzichten darf, die – gemessen an den im Schadenersatzprozeß geltenden Maßstäben des § 287 ZPO – entbehrlich sind.

c) **Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung sind allerdings dem Kläger günstige Beweislastregeln des Ausgangsprozesses auch im Rechtsstreit gegen den Anwalt anzuwenden.**

Dies beruht auf der Erwägung, daß es sich um Vorschriften des materiellen Rechts handelt und der Mandant nicht allein deshalb schlechter gestellt sein darf, weil der hypothetische Sieg im Vorprozeß nunmehr eine notwendige Voraussetzung für die Bejahung eines Schadens darstellt, den grundsätzlich der Kläger nachzu-

weisen hat (BGHZ 30, 226, 232; BGH, Urt. v. 9. 12. 1975 – VIZR 175/73, VersR 1976, 468, 469; v. 24. 3. 1988 – IX ZR 114/87, GI 88, 164 = NJW 1988, 3013, 3015). **Einen vergleichbaren Schutzcharakter haben die den Amtsermittlungsgrundsatz im Kindschaftsprozeß betreffenden Verfahrensvorschriften jedoch nicht.** Ihre Geltung beruht allein auf einem besonderen öffentlichen Interesse daran, daß im Bereich des Ehe- und Kindschaftsrechts der wahre Sachverhalt festgestellt wird. Diese Regeln sollen keine wirtschaftlichen Interessen des Betroffenen wahren, die es rechtfertigen könnten, ihm im Haftungsprozeß besondere Vorteile einzuräumen. Derjenige, der geltend macht, wegen nicht sachgerechter anwaltlicher Vertretung in einem Kindschaftsprozeß finanzielle Nachteile erlitten zu haben, ist grundsätzlich nicht schutzwürdiger als jeder andere Kläger, der behauptet, er sei durch Anwaltsverschulden geschädigt worden. Demnach wird seinen Interessen durch eine zweckentsprechende Anwendung von § 287 ZPO in vollem Maße Rechnung getragen.

4. Im Streitfall hat das serologische Gutachten eine Wahrscheinlichkeit für die Vaterschaft des Klägers von 99,9993 % und damit einen weit höheren Grad an Gewißheit erbracht, als er in den meisten Prozessen möglich ist, in denen zur Feststellung der Wahrheit keine naturwissenschaftlichen Untersuchungsmethoden zur Verfügung stehen. Besondere Umstände, die das Berufungsgericht im Streitfall gleichwohl hätten veranlassen müssen, sich um eine weitere Tatsachenaufklärung zu bemühen, sind nicht gegeben. Es kann zugunsten des Klägers als wahr unterstellt werden, daß die Kindesmutter in der Empfängniszeit noch mit einem weiteren Mann Geschlechtsverkehr hatte. Da der Kläger jedoch dessen Namen und ladungsfähige Anschrift nicht zu benennen vermag, jener Mann in die Begutachtung also nicht einbezogen werden könnte, war es nicht verfahrensfehlerhaft, daß das Berufungsgericht davon abgesehen hat, die beantragte DNA-Analyse einzuholen, und die Frage, ob durch die Pflichtwidrigkeit des Beklagten ein Schaden entstanden ist, auf der gegebenen Erkenntnisgrundlage beantwortet hat. Es braucht daher nicht entschieden zu werden, ob Mutter und Kind Untersuchungen und insbesondere die

Entnahme einer Blutprobe im Regreßprozeß gegen den Anwalt gemäß § 372a Abs. 1 ZPO dulden müssen.

GI Leitsätze

Rechtsberatungsbefugnis / Steuerberater / Sozialgericht / Schwerbehindertengesetz

Ein Steuerberater/vereidigter Buchprüfer ist nicht befugt, einen Schwerbehinderten in einem Verfahren auf Feststellung des Grades der Behinderung zu vertreten.

(BSozG, Urt. v. 16. 5. 1995 – 9 RV 14/94
– Stbg 1995, 566)

Unzulässige Werbung / Einladung an Nichtmandanten

Richtet eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Einladungen zu einer von ihr durchgeführten Veranstaltung auch an einen bisher nicht zu ihren Mandanten zählenden, fest eingrenz-
baren Adressatenkreis, so ist dies eine berufswidrige Werbung gemäß § 52 Satz 2 WPO.

(LG Düsseldorf, Beschl. v. 27. 3. 1996
– 46 – 132 (95) – WPK-Mitt. 3/1996, 231)

Werbung / Kriterien des § 52 Satz 2 WPO

1. Auch eine an sich zulässige Sachinformation über das Dienstleistungsangebot stellt sich als berufswidrige Werbung dar, wenn weder in Form noch im Inhalt sachlich unterrichtet wird und die Veröffentlichung auch auf die Erteilung von Einzelmandaten gerichtet ist.

2. Form und Inhalt sind dann zu beanstanden, wenn es sich bei der Anzeige um eine übertriebene Darstellung handelt, eine bildliche Darstellung als reißerischer Blickfang benützt wird und der Text reklamehaft gestaltet ist.

(LG Düsseldorf, Beschl. v. 1. 7. 1996
– 46 – 133 (95) – WPK-Mitt. 3/96, 231)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 10, 1996)

Abschlußprüfung

- Dritthaftung 96, 176
- und Steuerberatung, § 319 HGB 96, 169

AG-Vorstand

- als Steuerberater 96, 191

Akteneinsicht

- Ermittlungsakten, StA 96, 188
- Übersendung? 96, 102

Amtspflichtverletzung

- für Erfüllungsgehilfen 96, 29
- StB-Kosten 96, 106

Anderkonto

- Festgeldanlage 96, 216
- Verfügung über Gelder 96, 136
- Verrechnung mit Gebührenforderung 96, 136

Auskunftsvertrag

- Schaden
- = Grunderwerbsteuer 96, 42

Bankrott

- mangelhafte Buchführung 96, 54

Bauherrenmodell

- Schadenersatz, negatives Interesse 96, 129

Belehrungspflicht d. Notars

- Beweislast 96, 109
- Vorleistung, ungesicherte 96, 109

Belehrungspflicht d. StB/WP

- Beweislast
- = unterlassene Belehrung 96, 221
- Dokumentationspflicht? 96, 221
- Gewerbesteuerrücklage 96, 81
- nach Notaranfrage? 96, 117
- Reinvestitionsrücklage 96, 81
- ungefragte –
- = Alternativgestaltungen 96, 242
- = bei Notaranfrage 96, 117
- = Reinvestitionsrücklage 96, 81
- = vollständige – 96, 3
- Wiederholung, Pflicht zur – 96, 221

Bereicherungsanspruch, § 812 Abs. 1, Satz 1 BGB

- nichtiger Steuerberatungsvertrag 96, 196

Berufshaftung

- Belehrung über Fehler in den eigenen Arbeiten 96, 183

Berufsverbot

- d. RA
- = wegen Falschaussage 96, 203
- = wegen Zeugenbeeinflussung 96, 203
- d. StB
- = wegen Vermögensverfall 96, 54, 89

Betrug

- Sicherheiten, vollwertige 96, 120

Beweislast			
– für rechtmäßiges Alternativverhalten	96, 71	= trotz EDV-Programm	96, 34
– unterlassene Aufklärung/Belehrung	96, 247	= Fristdiktat, Überprüfung des –	96, 108
– Empfangsbekenntnis		= Gerichtsferien	96, 107
= Gegenbeweis	96, 253	– Fristversäumnis, unverschuldetes	
BFH-Rechtsprechung		= Beförderung d. Post durch neuen Mitarbeiter	96, 35
– Erschließungskosten		= Empfangsbekenntnis,	
als Werbungskosten	96, 54	Unterzeichnung d. –	96, 205, 252, 253
– gewerblicher Grundstückshandel	96, 150	= Faxübermittlung	96, 151
Bilanzberichtigung		= Fristberechnung	96, 107, 124
– Vorjahresbilanzen?	96, 233	= Krankheit	96, 145
Bilanzerstellung		= Telefonauskunft des Gerichts	96, 152
– Rückstellungen		= Unterschriftskontrolle	96, 87
= verdeckte Gewinnausschüttung	96, 242	– Telefax	
Buchführung, mangelhafte		= Empfang, Ausdruck	96, 216
– Bankrott	96, 54	= Funktionsfähigkeit	96, 216
Dokumentationspflicht		= Sendebericht	96, 254
– über Belehrung	96, 247	= Weisung an Bürokraft	96, 151
Dritthaftung		– Unterschriftskontrolle	96, 87
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter		Garantievertrag	
= Bilanzerstellung	96, 96	– Steuerberatungsvertrag	96, 42
= Prüfungsauftrag	96, 71, 176	Gefälligkeit	
= Sachverständigengutachten	96, 41	– Verantwortung für –	96, 183
= Testamenterrichtung	96, 39	verdeckte Gewinnausschüttung	
= Testat	96, 96	– Geschäftsführergehalt	96, 242
Eigentumswohnung		– GmbH-Geschäftsführer	96, 188
– Steuerberatungspraxis		– Schaden	
= Nutzungsänderung	96, 52	= Gewerbesteuerschaden	96, 242
Einspruch		= Kapitalabfluß	96, 242
– Fristversäumnis		= Steuervorteile	96, 176
= WE-Antrag	96, 48	– Tantieme	96, 188
– Gewerbesteuermeßbescheid		GI Aktuell	
= Rückstellungsbildung	96, 81	– Abzug von Betriebsausgaben	96, 215
Einwand rechtmäßigen Alternativverhaltens		– Anlage E, Bestandskraft	96, 28
– Beweislast	96, 71	– Erschließungskosten, nachträgliche	96, 54
Entnahme		– gewerblicher Grundstückshandel	96, 150
– durch Nutzungsänderung	96, 78	– ausländische Kapitalgesellschaft	96, 215
Erfolgshonorar	96, 225	– Kinder a. gesch. Ehe	
Erfüllungsgehilfe		= Kontaktpflege-Aufwendungen	96, 240
– des Notars		– Kinderbetreuungskosten	
= bei Grundbucheinsicht	96, 29	Alleinerziehender	96, 106
Erlaß		– Kosten d. Erststudiums	96, 215
– Steuerausweis, unberechtigter § 14 Abs. 3 UStG	96, 58	– Mandantenvortrag oder Beleidigung?	96, 215
Ermessensentscheidung		– Schriftformerfordernis	96, 18
– Schaden	96, 58	– Telefax	
Finanzgerichtsordnung		= Fehler b. Empfänger	96, 214
– Klageerhebung, § 42 Abs. 2 Satz 1 FGO	96, 28	– Vollmacht, Nachweis der –	96, 28
Fortbildungsveranstaltung		GmbH	
– Werbungskosten	96, 78	– Geschäftsführer	96, 28
Fristenkontrolle		= Steuerhaftung	96, 28
– Ausgangskontrolle		– Gestaltungsberatung	
= Telefax	96, 254	= Handwerker-GmbH	96, 241
– Empfangsbekenntnis	96, 252, 253	Grundstückshandel	
– Fristenkontrollbuch		– ohne Modernisierungen?	96, 2
= Organisationsverschulden,		Grundurteil	
Fristlöschung	96, 107	– Feststellungsurteil	96, 129
= namensgleiche Parteien	96, 124	Honoraranspruch des RA	
= Zustellungsdatum	96, 252	– Erfolgshonorar	96, 225
– Fristüberwachung durch RA		Honoraranspruch d. StB	
= bei Aktenvorlage	96, 2, 124	– Bestimmungsrecht, § 366 BGB	96, 207
= Diktatkontrolle	96, 240	– Buchführung	
		= Überprüfung und Korrektur	96, 6
		– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV	
		= Gebührenvorschrift	96, 102
		= Verzug	96, 207

- Gebührenvereinbarung, § 4 StBGebV	96, 6	- Rechtsmittel, unterlassenes	
= Auslegung d. -	96, 6	= Erinnerungen, Mahnungen	96, 219
- nach Kündigung, § 627 BGB	96, 196	- Vorleistungen, ungesicherte	96, 109
- Pfändung d. -	96, 103	Ordnungsgeld	
- Verjährung des		- Betragsrahmen	96, 120
= Buchführungsarbeit	96, 196	- gegen Steuerberater	96, 120
- Verzug		Pfändung	
= Rechnungszugang	96, 207	- Steuerberaterhonorar	96, 103
- Zahlung e. Teilbetrages	96, 207	Pflichtteilergänzungsanspruch	
= Bestimmungsrecht, § 366 BGB	96, 207	- d. Pflichtteilergänzungsanspruches	96, 124
- Zeitgebühr		- Verjährungsunterbrechung	96, 124
= Angaben, § 13 StBGebV	96, 94	Pkw	
= Darlegungslast	96, 94	- Anschaffung d. Sozios	96, 71
= geringere -	96, 196	Praxisveräußerung	
Honoraranspruch d. WP		- Nichtigkeit d. Kaufvertrages	96, 189
- Nur Wirtschaftsprüfer	96, 94	- Verschwiegenheitspflicht	96, 189
= Steuerberaterleistung	96, 94	Prozeßbevollmächtigter	
- Steuerberatergebührenverordnung	96, 94	- Zustellung an neuen -	96, 154
Internationales Privatrecht		Prozeßvollmacht	
- Art. 3 Abs. 1 Satz 1 EG BGB		- Originalvollmacht	96, 28
= US-WP-Gesellschaft	96, 92	Prüfungsauftrag	
Kausalität		- Prüfungspflichten, § 318 ff. HGB	96, 71
- Fehler des 2. StB		- Schutzpflichten d. -	96, 71
= WE-Antrag	96, 47	Rechtsanwalt	
- Zwischenpflichtwidrigkeit und Schaden		- Beratungspflichten	
= beratungskonformes Verhalten	96, 100	= Vermächtnisanspruch,	
Klageerhebung		Sicherung des -	96, 155
- beim FG, § 47 Abs. 2 Satz 1 FGO	96, 28	= Versicherungsschutzklage	96, 85
- Unterschrift	96, 18, 188	- Testamenterrichtung	96, 37
= unterschriebene Vollmacht	96, 250	- unterlassene Vollstreckung	96, 14
Klageverfahren		- Verkehrs-, Prozeßanwalt	96, 183
- Terminverlegung		Rechtsberatung / Rechtsbesorgung	
= Krankheit	96, 124	- Sozialgericht	96, 260
Konkursverwalter		= Schwerbehindertengesetz	96, 260
- Akteneinsicht, StA	96, 188	- Vermächtnisanspruch	
- Steuerhaftung, § 34 AO	96, 103, 240	= Sicherung des -	96, 155
- Umsatzsteuerhaftung	96, 240	Rechtsprechungsänderungen	
Konzernhaftung		- Beweismaßstäbe d. § 287 ZPO	96, 256
- StB-GmbH und Einzelpraxis		Regreßprozeß	
- US-WP-Gesellschaft	96, 92	- Beweismaßstab, § 287 ZPO	96, 256
Kostenerstattungsanspruch		- Parteierklärung oder RA-Schriftsatz?	96, 109
- Umsatzsteuer d. Anwaltskosten	96, 106	Sachverständiger	
Krankheit d. StB		- Dritthaftung	
- Bestellung e. Bevollmächtigten	96, 233	= Arglist d. Auftraggebers	96, 41
- FG-Prozeß	96, 233	Schaden	
Kreditbetrug		- Behördenentscheidung, richtige -	96, 58
- vollwertige Sicherheiten	96, 120	- Ermessensentscheidung	96, 58
Mitverschulden		- Kapitalanlage	
- Gerichtskostenvorschuß, Zahlung d. -	96, 85	= Bauherrenmodell	96, 129
Nichtigkeit, § 139 BGB		= negatives Interesse	96, 141
- Praxisveräußerung	96, 189	- konsolidierte Schadenbetrachtung	
Notar		= verdeckte Gewinnausschüttung	96, 172
- Anderkonto		- vermeidbare Steuerbelastung	
= Festgeldanlage	96, 216	= Grunderwerbsteuer	96, 42
- Belehrungspflichten		- vermeidbares Steuerberatungshonorar	96, 47
= Altenteilsrecht	96, 109	- Steuervorteile	
= Darlegungs-Beweislast	96, 109	= verdeckte Gewinnausschüttung	96, 172
= Straßenverkehrsflächen	96, 22	- Vertrauensschaden	96, 141
= Verpfändung von Bundesanleihen	96, 139	- Zwei-Konten-Modell	96, 114
= über Wirksamkeitserfordernisse	96, 139	Schätzung (§ 162 AO)	
= Wochenendgrundstück	96, 66	- Schätzungsbefugnis	96, 150
- Grundbucheinsicht		Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB	
= durch Hilfsperson	96, 29	- rechtswidriges Versäumnisurteil	96, 14

Sozietät

- Anschaffung d. Pkw 96, 71
- Anwaltsnotar u. Wirtschaftsprüfer 96, 150
- Kündigung, fristlose – 96, 229
 - = wichtiger Grund 96, 71
- Unternehmereigenschaft d. EU 96, 71

Steuerberater

- Vermögensverfall 96, 54, 89

Steuerberaterprüfung

- berufspraktische Vorbildung 96, 2
 - = RA-Tätigkeit

Steuerberatungsgesetz

- § 5
 - = Steuerberater als Erfüllungsgehilfe 96, 180, 197
 - = Unternehmensberater 96, 180, 196
- § 9 Abs. 2 96, 196
 - = verschleierte Vermittlungsprovision
- § 32 Abs. 2, Verbot gewerblicher Tätigkeit 96, 191
 - = Vorstand einer AG
- § 46 Abs. 3 Nr. 2 96, 54
 - = Vermögensverfall

Steuerberatungsvertrag

- Nichtigkeit, § 134 BGB 96, 196
 - = Bereicherungsanspruch 96, 180
 - = unerlaubte Steuerberatung

Steuererklärung

- Berichtigungspflicht 96, 220

Steuergestaltungsberatung

- Alternativgestaltung 96, 242
- geeignete Gesellschaftsform 96, 241
 - = Handwerker-GmbH 96, 241
- Saldierung d. Vor- und Nachteile 96, 241
- Umwandlung 96, 241
- ungefragte – 96, 242

Steuerhaftung

- GmbH-Geschäftsführer 96, 28
 - = Steuerberaterverschulden

Steuerhinterziehung

- Berichtigungspflicht 96, 220
- Garantenstellung d. Steuerberaters 96, 220

Telefax / Telebrief

- Ausgangskontrolle 96, 254
- Fehler i. Empfangsgerät 96, 214, 216
- Sendebericht 96, 254

Testat

- Vertrauen in – 96, 96

Treuhänder

- Schweigepflicht 96, 103

Umsatzsteuer

- Kostenfestsetzung 96, 106
- Steuerausweis, unberechtigter § 14 Abs. 3 96, 2
 - = Erlaß

Umwandlung

- Handwerker-GmbH 96, 241
- Saldierung d. Vor- u. Nachteile 96, 241

Unternehmenskauf

- Bilanztestat 96, 96

Unterschrift

- Doppelname 96, 118
- Klageerhebung 96, 18, 188
- unterschriebene Vollmacht 96, 250
- Kontrolle der – 96, 87

Untreue, § 266, 266 a StGB

- vorenthalten von Arbeitsentgelt 96, 124
- Notar-Anderkonto 96, 124
- Regreß gg. GmbH-Geschäftsführer 96, 124
- Strafzumessung 96, 124

Verjährung

(§ 51 BRAO a. F., § 51 b BRAO n. F.)

- Verjährungsbeginn
 - = Sicherung d. Vermächtnisanspruchs 96, 155
- Werkvertrag 96, 55

Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)

- Belehrungspflicht über eigene Fehler und über Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch
 - = Beginn des – 96, 50
- gem. § 852 Abs. 2, 639 Abs. 2 BGB 96, 125
- Hemmung d. Verjährung, §§ 852 Abs. 2, 639 Abs. 2 BGB 96, 125
- Verjährungsbeginn
 - = Folgeschäden 96, 165
- Rechtskraft d. Steuerbescheides 96, 125, 165
- Wirtschaftsberatung 96, 125
- Zugang d. Steuerbescheides 96, 125
- Verjährungshemmung
 - = Einspruchsverfahren 96, 125

Vermögensverfall

- d. Steuerberaters 96, 54, 89

Verschwiegenheit

- Praxisveräußerung 96, 189
- d. Treuhänders 96, 103

Versicherungsschutzklage

- Belehrung ü. Klagefrist, § 12, 3 VVG 96, 85

Verzug

- des Steuerberaters 96, 47

Vollmacht

- Nachweis d. – 96, 28
- durch Telefax? 96, 233

Werbeverbot

- Anzeige 96, 240
- Sachinformation, § 52, 2 WPO 96, 240

Werbung

- Einladung, Nichtmandanten 96, 260

Werkvertrag

- Anwendbarkeit d. § 51 b BRAO 96, 55

Wiedereinsetzung

- Antrag
 - = Begründung 96, 80
- Beschluß d. Gerichtes
 - = Bindung, § 318 ZPO 96, 144
- Fristwahrung
 - = beantragter Verlängerungszeitraum 96, 151
- Glaubhaftmachung
 - = Kopie d. Postausgangsbuches 96, 240
 - = Vorlage d. Fristenkontrollbuchs 96, 80
- Nachweis d. RA über Absendung 96, 80

Wirtschaftsprüfer

- US-Gesellschaft 96, 92

Zustellung

- Datum d. – 96, 252, 253
- Empfangsbekenntnis 96, 253
- Gerichtskostenvorschuß, Zahlung d. – 96, 85
- an neuen Prozeßbevollmächtigten 96, 154
- an StB oder Mandanten 96, 2
- Verzögerung d. – 96, 85

- Zustellungsdatum
- zweite -

Zwangsvollstreckungsauftrag

- Einwand d. § 826 BGB
- gegen RA
- rechtswidriger Titel

Zwei-Konten-Modell

- Schaden?

BGH v. 10. 11. 1994 - III ZR 50/94
= NJW 95, 392

BGH v. 17. 11. 1994 - IX ZR 208/93
= NJW-RR 95, 252 = WM 95, 212
= VersR 95, 336

BGH v. 18. 1. 1995 - 2 StR 693/94
= Wistra 95, 146

BGH v. 9. 2. 1995 - 4 StR 662/94
= wistra 95, 222

BGH v. 20. 2. 1995 - II ZB 16/94
= NJW 95, 1499 = VersR 95, 1372
= AnwBI 95, 374 = BB 95, 748

BGH v. 13. 6. 1995 - IX ZR 121/94
= NJW 95, 2551 = DStR, 1199
= WM 95, 1504

BGH v. 20. 6. 1995 - XI ZB 9/95
= NJW 95, 2497 = VersR 96, 123
= DStR 95, 1481

BGH v. 22. 6. 1995 - LwZB 1/95

BGH v. 22. 6. 1995 - IX ZR 122/94
= NJW 95, 2713 = WM 95, 1883

BGH v. 18. 9. 1995 - NotZ 45/94
= AnwBI 1996, 45

BGH v. 21. 9. 1995 - IX ZR 228/94
= NJW 96, 48 = WM 96, 35 = VersR 96, 190

BGH v. 28. 9. 1995 - IX ZR 13/95
- betr. OLG Köln GI 1995, 104

BGH v. 12. 10. 1995 - VII ZB 14/95

BGH v. 18. 10. 1995 - I ZB 15/95
= NJW 96, 319 = VersR 96, 256
= MDR 96, 316

BGH v. 19. 10. 1995 - IX ZR 20/95
= NJW-RR 96, 375 = WM 96, 73 = DB 96, 210

BGH v. 19. 10. 1995 - IX ZR 104/94
= NJW 96, 520 = WM 96, 30
= VersR 96, 336 = AnwBI 96, 51

BGH v. 2. 11. 1995 - IX ZR 15/95
= NJW 96, 522 = WM 96, 84 = VersR 96, 471

BGH v. 9. 11. 1995 - IX ZR 161/94
= NJW 96, 312 = WM 96, 71
= VersR 96, 236 = DStR 96, 563

BGH v. 16. 11. 1995 - IX ZR 148/94
= NJW 96, 661 = WM 96, 540 = BB 96, 453

BGH v. 16. 11. 1995 - IX ZR 14/95

BGH v. 22. 11. 1995 - 3 StR 478/95
= wistra 1996, 105

BGH v. 23. 11. 1995 - IX ZR 213/94
= NJW 96, 464 = WM 96, 81 = VersR 96, 202

BGH v. 23. 11. 1995 - IX ZR 225/94
= NJW 96, 842 = WM 96, 542 = DB 96, 470

96, 252

96, 205

BGH v. 6. 12. 1995 - VIII ZR 12/95
= NJW 96, 998 = WM 96, 538 = BB 96, 185

BGH v. 7. 12. 1995 - VII ZB 27/95
= NJW 96, 853 = VersR 96, 479
= AnwBI 96, 170

BGH v. 20. 12. 1995 - 5 StR 412/95
= wistra 1996, 184

BGH v. 21. 12. 1995 - VII ZB 17/95

BGH v. 29. 12. 1995 - IV R 76/94

BGH v. 9. 1. 1996 - IX ZR 103/95
= NJW-RR 96, 569 = WM 96, 551 = BB 96, 526

BGH v. 11. 1. 1996 - VII ZR 85/95
= NJW 96, 1278 = WM 96, 1096 = BB 96, 716

BGH v. 18. 1. 1996 - III ZR 73/95
= NJW 96, 997 = DStR 96, 475

BGH v. 18. 1. 1996 - IX ZR 81/95
= NJW 96, 2675 = WM 96, 518 = ZIP 96, 588

BGH v. 29. 1. 1996 - AnwSt (R) 11/95

BGH v. 8. 2. 1996 - VII ZB 21/95
= MDR 96, 736

BGH v. 8. 2. 1996 - IX ZR 151/95
= NJW 96, 1543 = WM 96, 662
= AnwBI 96, 287

BGH v. 8. 2. 1996 - IX ZB 95/95
= NJW 96, 1349 = MDR 96, 530

BGH v. 8. 2. 1996 - IX ZR 215/94
= WM 96, 1106 = DStR 96, 634

BGH v. 29. 2. 1996 - IX ZR 150/95

BGH v. 29. 2. 1996 - IX ZR 180/95
= WM 96, 1106 = BB 96, 1081

BGH v. 4. 3. 1006 - StbSt (R) 4/95

BGH v. 20. 3. 1996 - VIII ZB 7/96
= NJW 96, 1682 = BB 96, 1299

BGH v. 21. 3. 1996 - IX ZR 240/95
= NJW 96, 1954

BGH v. 26. 3. 1996 - IV ZB 1 + 2/96

BGH v. 27. 3. 1996 - IV ZR 185/95
= NJW 96, 1743

BGH v. 16. 4. 1996 - VI ZR 362/95

BGH v. 22. 5. 1996 - VIII ZR 194/95
= NJW 96, 2087

BGH v. 4. 6. 1996 - IX ZR 246/95

BGH v. 10. 6. 1996 - II ZR 102/95

BGH v. 13. 6. 1996 - III ZR 113/95

BGH v. 13. 6. 1996 - VII ZB 12/96

BGH v. 13. 6. 1996 - VII ZB 13/96

BGH v. 13. 6. 1996 - IX ZR 233/95

OLG Celle v. 29. 11. 1995 - 9 U 51/95
= wistra 1996, 114

OLG Düsseldorf v. 13. 10. 1994
- 13 U 211/93

OLG Düsseldorf v. 13. 10. 1994
- 13 U 217/93

OLG Düsseldorf v. 8. 12. 1994
- 13 U 18/94

OLG Düsseldorf v. 9. 12. 1994 -
rkr. nach Nichtannahmebeschluß des
BGH v. 3. 7. 1995 - II ZR 172/95

96, 87

96, 108

96, 220

96, 151

96, 250

96, 81

96, 183

96, 118

96, 139

96, 203

96, 154

96, 136

96, 107

96, 129

96, 216

96, 125

96, 191

96, 152

96, 196

96, 205

96, 124

96, 252

96, 189

96, 221

96, 229

96, 225

96, 253

96, 255

96, 256

96, 124

96, 94

96, 47

96, 180

96, 92

OLG Düsseldorf v. 16.2.1995 – 13 U 299/93	96, 141	BFH v. 4.4.1995 – VII R 74/94	96, 54
OLG Düsseldorf v. 9.3.1995 – 13 U 57/94	96, 114	= BFH/NV 1995, 1019	
ebenso: Urt.v. 9.3.1995 – 13 U 56/94		vgl. FG Brandenburg, Gl 1995, 144	
OLG Düsseldorf v. 22.6.1995 – 13 U 150/94	96, 50	BFH v. 21.4.1995 – VIII B 133/94	96, 103
OLG Düsseldorf v. 6.7.1995 – 13 U 168/95	96, 207	= BFH/NV 1995, 954	
OLG Düsseldorf v. 12.10.1995 – 13 U 152/93	96, 241	BFH v. 25.4.1995 – VIII R 86/94	96, 80
OLG Frankfurt v. 1.2.1996 – 3 VAs 29/95	96, 188	= BFH/NV 1995, 1002	
= wistra 1996, 197		BFH v. 26.4.1995 – I R 22/94	96, 28
OLG Hamburg v. 6.9.1995 – 5 U 100/93	96, 247	= LEXinform 0127099	
OLG Hamm v. 25.11.1994 – 25 U 205/93	96, 242	BFH v. 26.5.1995 – X B 335/94	96, 120
OLG Hamm v. 3.5.1995 – 25 U 129/94	96, 42	= BFH/NV 1995, 1004	
OLG Hamm v. 5.10.1995 – 28 U 22/95	96, 155	BFH v. 28.9.1995 – IV R 76/94	96, 188
OLG Hamm v. 13.12.1995 – 25 U 173/94	96, 117	= BFH/NV 1996, 332	
OLG Karlsruhe v. 23.11.1995 – 9 U 24/95	96, 169	BFH v. 11.10.1995 – VIII B 106/95	96, 188
OLG Koblenz v. 20.1.1995 – 2 U 1019/93	96, 102	= BFH/NV 1996, 332	
OLG Köln v. 16.3.1995 – 7 U 96/94	96, 172	BFH v. 12.10.1995 – I R 4/95	96, 188
OLG Köln v. 7.6.1995 – 11 U 287/94	96, 165	= BFH/NV 1996, 437	
OLG München v. 28.9.1995 – 1 U 2954/95	96, 106	BFH v. 7.11.1995 – IX R 99/93	96, 54
= StB 1996, 119		BFH v. 9.11.1995 – XI B 149/94	96, 233
OLG Stuttgart v. 11.5.1994 – 8 W 89/94	96, 103	= BFH/NV 1996, 481	
= NJW 1995, 2838		BFH v. 28.11.1995 – VII R 63/95	96, 28
OLG Stuttgart v. 25.7.1995 – 12 U 57/94	96, 71, 176	BFH v. 29.11.1995 – X B 56/95	96, 80
		BFH v. 12.12.1995 – IV B 79/95	96, 216
		= BFH/NV 1996, 475	
		BFH v. 19.12.1995 – VII R 53/95	96, 240
KG v. 8.6.1994 – 24 W 5760/93	96, 52	= BFH/NV 1996, 522	
= NJW-RR 1995, 333		BFH v. 19.12.1995 – IX R 5/95	96, 54
		BFH v. 31.1.1996 – VIII B 102 – 103/94,	96, 240
		VIII R 30 – 31/94	
		= BFH/NV 1996, 566	
BFH v. 26.1.1984 – VR 65/76	96, 71	BFH v. 8.3.1996 – III R 146/93	96, 106
= BFHE 140, 121 = BStBl II 1984, 231		BFH v. 16.2.1996 – I R 150/94	96, 233
BFH v. 18.6.1993 – VR 106/92	96, 124	= LEXinform 0136326 = Steuer-Telex 2329	
= BFH/NV 1995, 306		BFH v. 14.3.1996 – IV R 44/95	96, 233
BFH v. 10.2.1994 – VII B 224/94	96, 102	= LEXinform 0136322 = Steuer-Telex 2328	
= BFH/NV 1995, 812			
BFH v. 21.6.1994 – VII R 34/92	96, 103		
= BStBl 1995 II, 230			
BFH v. 30.8.1994 – VII R 101/92	96, 28		
= WPK-Mitt. 1995, 99 = BStBl 1995 II, 278		LG Arnberg v. 10.3.1995 – 2 O 473/94, rkr.	96, 96
BFH v. 8.9.1994 – V R 3/92	96, 2	LG Dortmund v. 15.11.1995 – 6 O 200/95	96, 100
= BFH/NV 1995, 834		LG Düsseldorf v. 27.3.1996 – 46 – 132 (95)	96, 260
BFH v. 18.1.1995 – I B 181/93	96, 2	= WPK-Mitt. 3/96, 231	
= BFH/NV 1995, 852		LG Düsseldorf v. 1.7.1996 – 46 – 133 (95)	96, 260
BFH v. 26.1.1995 – IV R 39/93	96, 78	= WPK-Mitt. 3/96, 231	
= BFH/NV 1995, 873			
BFH v. 21.2.1995 – VIII R 76/93	96, 80		
= BFH/NV 1995, 989		FG Brandenburg v. 30.11.1995 – 2 K 50/95 StB	96, 89
BFH v. 27.2.1995 – V B 54/94	96, 71	FG Bremen v. 13.11.1995	
= BFH/NV 1995, 835		– 295176E2 + 295178E2	96, 106
BFH v. 2.3.1995 – IV R 59/94	96, 78	= StB 1996, 117	
= BGH/NV 1995, 959		FG München v. 18.4.1995 – 7 K 2/93, rkr.	96, 150
BFH v. 7.3.1995 – VII R 84/94	96, 2		
– Vorinstanz FG Baden-Württemberg			
EFG 1994, 983		BSozG v. 16.5.1995 – 9 RV 14/94	96, 260
= StBkammer Rh-Pf KM 8/95		= Stbg 1995, 566	
BFH v. 21.3.1995 – III R 259/94	96, 2		
= BFH/NV 1995, 907			
BFH v. 21.3.1995 – III R 259/94	96, 124		
= BFH/NV 1995, 907			
BFH v. 4.4.1995 – IV B 129/94	96, 2		
= BFH/NV 1995, 876			